Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308.
Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 37. Freitag 14. Februar 1919 abends. 72 Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr** mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Höchstpreise für Gemüse.

Vom 16. Februar 1919 ab gelten nach Verordnung des Wirtschaftsministeriums — Landesstelle für Gemüse und Obst — vom 28. 1. 1919 gemäß der einschlägigen Vorschriften der Reichsstelle für Gemüse und Obst und unter Zugrundelegung der von dieser anerkannten Preisspannen bis auf weiteres die nachstehend aufgeführten Erzeuger-Groß- und Kleinhandels-Gemüsehöchstpreise.

	Vertragsfreie Ware.	Vertragsware.	Großh.-Preis.	Kleinh.-Preis.
1. **Gelbe Kohlrüben** 16.—28. Februar		4.20	7.05	10.—
2. **Weiße Kohlrüben** 16.—28. Februar	2.95	—	5.70	8.25
3. **Herbst-, Wasser-, Stoppel-, Mairüben** 16.—28. Februar	2.70	—	3.55	6.25
4. **Runkelrüben (Futterrunkelrüben)** 16.—28. Februar	3.20	—	4.—	6.75

Großenhain, am 12. Februar 1919.
42 d VI. **Der Kommunalverband.**

Margarine betr.

Der Kommunalverband wird auf Anordnung des Ministeriums des Innern — Landesfettstelle — in der Woche vom 17.—23. Februar 1919 in den Städten Großenhain, Riesa und Radeburg, sowie in den Landgemeinden Gröba, Nünchritz, Zeithain, Röderau, Lodra, Mersdorf, Nickritz, Pausitz, Merschwitz, Goltzscha, Bobersen, Weida, Poppitz, Gröditz, Glaubitz, Naundorf b. G., Zschieschen, Kleinraschütz, Großraschütz, Priestewitz und Medingen **nicht 31¼ gr Butter, sondern 50 gr** Margarine zum Preise von 0.23 Mk. zur Verteilung bringen. Der Kleinhandelshöchstpreis für **1 Pfund** beträgt 2.24 Mk.

Großenhain, am 13. Februar 1919.
312 b IV. **Der Kommunalverband.**

Butter betr.

Der Buchstabe D der Speisefettkarte, gültig vom 17.—23. Februar 1919, darf nur **mit einem Achtel Stückchen Butter** beliefert werden. Betriebsmarken für Gastwirtschaften dürfen ebenfalls nur zur Hälfte beliefert werden.

Die **Milchviehbesitzer** dürfen auf den Kopf der von ihnen zu beköstigenden Personen **das Doppelte, also ein Viertel Stückchen Butter** verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 13. Februar 1919 — Margarine betr. — hingewiesen.

Großenhain, am 13. Februar 1919.
291 f IV. **Der Kommunalverband.**

Meldeordnung betr.

Die Bekanntmachungen vom 6. August und 23. Dezember 1914, 18. Juni und 12. August 1915, die **verschärfte Meldeordnung** in der Stadt Riesa, werden hiermit **aufgehoben. An ihre Stelle treten die Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldewesen** in der Stadt Riesa vom 25. Juli 1906; auf die hiermit gleichzeitig zur **genauen Beachtung** hingewiesen wird.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. Februar 1919. Erdm.

Erhebung der Kartoffelvorräte in Gröba.

Laut Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums findet am 15. Februar 1919 eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln in der Gemeinde Gröba statt. Wer mit Beginn des 15. Februar 1919 Kartoffeln in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, seine gesamten Vorräte der Gemeindebehörde des Ortes anzuzeigen, in dem sie lagern.

Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalte bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen; ist das nicht der Fall, so ist die Anzeige gleichwohl zu erstatten, nur sind bei Zentner und Pfund in dem Vordrucke Striche zu setzen.

Gelegentlich der Vorratserhebung soll auch festgestellt werden, wieviel in der hiesigen Gemeinde noch Kartoffeln gebraucht werden, um die noch unbelieferten Landeskartoffelkartenabschnitte sowie die Wochenkartoffelkarten bis zum Ende des Wirtschaftsjahres zu beliefern.

Die Vordrucke für die Vorratserhebung und die Bestandsfeststellung werden den hiesigen Haushaltungsvorständen bis zum 14. Februar zugestellt. Versorgungsberechtigte Personen erhalten Vordruck I, Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Herbst 1918 größer als 200 qm war, erhalten Vordruck II und zur Feststellung des noch vorhandenen Kartoffelbedarfs ist Vordruck III zu verwenden. Die Vordrucke sind mit der größten Gewissenhaftigkeit auszufüllen, da nur dann die ordnungsmäßige Lieferung von Kartoffeln bis zum Ablaufe des Wirtschaftsjahres gewährleistet werden kann. **Am 17. Februar früh sind die Vordrucke fertig ausgefüllt zur Abholung bereit zu halten.**

Gröba, Elbe, am 12. Februar 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Der Kommunalverband Großenhain hat für die Bestellung im Frühjahr größere Mengen **Gemüsesamen** beschafft. Der Verkauf wurde der Firma F. E. Schulze, Großenhain, übertragen. Eine Preisliste über die Sorten, die sofort zu haben sind, liegt im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 10, aus.

Gröba (Elbe), am 12. Februar 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Fleischmarkenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 15. Februar 1919, nachmittags 4—5 Uhr,
werden in den bekannten Markenausgabestellen die **Fleischmarken** auf die nächsten 4 Wochen ausgegeben.

Gröba (Elbe), am 14. Februar 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Milchkarten werden Sonnabend, den 15. Februar, im Gemeindeamt von 8—10 Uhr ausgegeben.

Weida, am 14. Februar 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Nationalversammlung.

Präsident Haußmann eröffnet die gestrige Sitzung um 3 Uhr 20 Min. mit der Verlesung eines vom Präsidenten Dr. David eingegangenen Schreibens, worin dieser infolge seiner Berufung in die Reichsregierung sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt. Ferner ist ein Schreiben des Reichspräsidenten eingegangen über die Bildung des Reichsministeriums. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein zur Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann

ergreift das Wort und teilt zunächst das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, mit, das die folgenden hauptsächlichen Punkte enthält: Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt, Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an Wilsons Programm, Ablehnung jedes Gewaltfriedens, Wiederherstellung des deutschen Kolonialgebietes, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbunde, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung von Kriegen, Abschaffung der Geheimdiplomatie. In der inneren Politik demokratische Verwaltung, Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst, Schaffung eines Volksheeres auf demokratischer Grundlage zum Schutze des Vaterlandes, wesentliche Herabsetzung der Dienstzeit, Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten auch des Jahrganges 1899, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Rationierung und Höchstpreise für notwendige Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle bezw. Sozialisierung, soweit sie sich dazu eignen, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann; auf sozialpolitischem Gebiete planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge, Regelung des Arbeitsnachweises auf öffentlich-rechtlicher paritätischer Grundlage, Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne, wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer, Heranziehung des Vermögens zur Verminderung der Reichsschulden, Sicherstellung der Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Vereine und Versammlungen.

Bei Besprechung der inneren Wirren erklärt Scheidemann: **Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan, nicht zuletzt auch, weil wir wußten, daß nach Entfesselung des Bürgerkrieges Scheußlichkeiten auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sein würden. Man** kann nicht neben den Soldaten einen Minister stellen, der aufpaßt, daß der Soldat nicht über die Stränge schlägt. Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, welche allen Warnungen und Beschwörungen zum Trotz das Verderben entfesselt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Was das Programm des Präsidenten Wilson betrifft, so ist es von uns aus innerer Ueberzeugung aufgenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach furchtbaren Kämpfen errungen. Wie sollte es anders als freudig dem Grundsatz huldigen, daß Völker und Volksteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden können? Aber es darf auch keine neue Sklaverei eingeführt werden. Das deutsche Land wird und soll das Vaterland aller derer sein, die Deutsche sein und bleiben wollen. Keines seiner Glieder soll in Schmach und Not verkümmern. Die Machtpolitiker der Entente können uns wohl zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im innersten ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. (Allseitige lebhafte Zustimmung.)

Unter lebhaftem Beifall richtet Scheidemann einen warmen Appell an alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit gewahrt haben, uns in der Forderung auf sofortige Heimsendung der Kriegsgefangenen zu unterstützen. Die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist die Beseitigung der Klassenunterschiede. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen. Es würde sinnlos und unnütz sein, die Tatsache verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neugebildeten Regierung über das Ideal der kommenden Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Aber ich glaube, sagen zu dürfen, kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwickelung befinden, die weder zurückgeschraubt, noch ohne die schwerste Gefahr für das Ganze übersehen werden kann. Was uns zusammenführte, das war das harte Muß und die bittere Not. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Zentr.): Es sind nun schon mehr als 4½ Monate, seit Deutschland um Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Weltgeschichte noch nie vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet, und nach 4½ Monaten noch nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erklärt sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede französische und polnische Annektionspolitik und erhebt Einspruch gegen den Plan, den Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden solle. Gegen Annektionismus und Bolschewismus muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen. Es braucht deshalb eine Volkswehr. Dank schulden wir der früheren Armee für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk und Land geleistet hat. Der Wert der Soldatenräte als Vertrauensausschüsse ist anzuerkennen, ihre politische Tätigkeit aber zu verwerfen. Den großen Grundsatz nicht nur der persönlichen, sondern auch der genossenschaftlichen Freiheit, der Religionsübung wollen wir uns für die Gesamtheit des deutschen Volkes retten. Die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, die auf dem Boden der Freiheit zu erfolgen hat. Durch unseren Eintritt in die Regierung sind in dieser mehr als ¾ der Nationalversammlung vertreten. Durch unsern Beitritt wird auch die Politik der Reichsregierung beeinflußt. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man darf künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen. Wir sind nicht Minister einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung und bleiben Zentrumsmitglieder. Wir waren stets Anhänger der Demokratie. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Parteientwickelung war. Die Revolution vom 9. November hat uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne sie hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde stellen sich, nach allem was geschehen ist, auf den Boden der vollzogenen Tatsachen. Wir wollen die demokratische Republik, weil wir in ihr die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen. Wir wollen die demokratische Republik auf föderativer Grundlage. Wir sind aber Gegner einer ungesunden Schablonisierung und Zentralisierung. Man darf nicht glauben, daß der Ruf „Los von Berlin“ nur aus einer bloßen Oppositionslust entstanden ist. Warum soll man auch den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, im Rahmen des Ganzen nach ihrer Eigenart ihre Verhältnisse zu ordnen? Wir würden es begrüßen, wenn die Deutsch-Oesterreicher zu uns kommen würden, nachdem sie lange Jahre durch eine falsche Machtpolitik aus Deutschland verdrängt worden waren. Nach der Abstammung und Geschichte gehören sie zu uns. Mögen sie bald zu uns kommen. Unsere Volksseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Geiste der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch Tüchtigkeit und Fleiß.

Abg. D. Naumann (Dem.): Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts hin möglich gewesen. Aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen, denn eine bürgerliche Mehrheit würde die Revolution nicht beendigen können, denn gerade diese Zusammenfassung würde alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Opposition formieren und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte nicht gewährleisten. Dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten als eine Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. (Sehr richtig!) Es bleibt nur die zweite, in diesem Hause vorhandene Mehrheitsmöglichkeit übrig. Die Zusammenfassung der Mehrheitssozialisten mit den demokratisch fühlenden Gruppen. Es muß der Volksstaat, die Republik geschaffen werden. Denn auch dem Verschwinden der Monarchen bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diesen Volksstaat zu bauen, mit allen Kräften, mit aller Hingebung und Freude. **Bestimmt und unzweideutig muß gesagt werden, daß heute ein Traum vom Wieder-**

SLUB
Wir führen Wissen.

kommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkrieg ist (lebh. Zustimmung), das Schlimmste und Unheimlichste, was wir erleben können. (Lebhafter Beifall.) Wenn die frühere oberste Stelle noch im Juli 1917 das Ohr offen gehabt hätte für die Wünsche des Volkes, dann hätten wir jetzt vielleicht Verhältnisse wie in England. (Sehr wahr!) Dann wäre vielleicht das Doppelwort „Demokratie und Kaisertum" bei uns verwirklicht. Wenn es anders kam, so lag es an der Monarchie selbst. Ein einheitliches republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, warum wir hierher geschickt worden sind. Wir sind nicht hierher geschickt worden, um uns sensationell zu zanken. (Sehr gut!) Man wird die Nationalversammlung nur nach dem Endergebnis beurteilen, ob wir den deutschen Volksstaat fertiggebracht haben oder nicht. (Beifall.) Wenn jetzt die draußen sehen, daß wir von dem, was von unserem Heere noch übrig geblieben ist, wieder Heeresteile formieren, damit wir nicht ganz von Polen und Tschechen aufgefressen werden, ruft man in Frankreich: „Seht, sie wollen den Frieden nicht. Es ist ihnen nicht ernst damit!" Nein, wir alle wollen ehrlich den Frieden. Aber wir wollen auf deutschem Boden nicht von unseren Feinden aufgefressen werden. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.) Warum hält man unsere Kriegsgefangenen draußen weiter fest? Wie kommt man dazu, den Waffenstillstand dazu zu benutzen, um schon alles das vorwegzunehmen, was man im Friedensvertrage für sich durchzusetzen die Absicht hat. Fast scheint es, als ob man bei der jetzt bevorstehenden Waffenstillstandserneuerung unsere deutsche Handelsflotte opfern will, wenn wir alle größeren Schiffe, die es auf deutschem Fahrwasser oder in deutschen Häfen überhaupt gibt, hingeben wollen. Und ich frage: Welche Sicherheit haben wir, daß wir sie wiederbekommen? Wenn sich die Entente jetzt sogar die Baupläne der Schiffe, die wir auf den Werften haben, geben läßt, damit sie unsere ganze Handelsschiffahrt in der Hand hat? Unter diesen Umständen müssen wir auch als Freunde der Mitglieder dieser Regierung die Frage stellen: Wie werden diese Dinge gemacht und verwaltet? Und ist es möglich, daß man die deutschen Schiffe ausfahren läßt, ohne zu wissen, ob man sie jemals wiedersehen wird? (Lebhafter Beifall und Zustimmung!) Was macht aus uns der Waffenstillstand? Wir haben versprochen, auf die Wilsonschen Punkte einzugehen. Und ich frage: Wo liegen die Rechte für die Polen, jetzt vor dem Friedensschluß unsere Ostgrenze zu überfluten. (Lebhafter Beifall.) Wir sagen nicht, die Deutschen sollen mit Gewalt bei uns gehalten werden, aber wir sagen, man soll den deutschen Elsässern die Möglichkeit geben, sich als Deutsche zu voticren. (Beifall.) Und vor allem müssen wir dabei auch denken an unsere deutschen Brüder in Böhmen und in Oesterreich. Diese unsere Brüder, die zwei Menschenalter hindurch ausgeschlossen gewesen sind von der gemeinsamen Fühlung mit der deutschen Nation und die nun aus Hunger und Not zu uns kommen, wir grüßen sie aufs herzlichste. (Stürmischer allseitiger Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.) Wir wollen leben! Wenn wir aber über die inneren Schwierigkeiten des Bolschewismus und der Arbeitslosigkeit hinwegkommen sollen, müssen uns die Türen der Welt offen sein. (Zustimmung.) Es ist die Tragik der deutschen Sozialdemokratie, daß sie in einem Augenblick an die Herrschaft gelangt, wo der Kapitalismus von seiner Höhe heruntergestürzt ist. Soweit noch Gewinne gemacht werden, müssen sie in ganz anderer Weise dem gemeinsamen Wohl dienstbar gemacht werden, aber wir dürfen und müssen jetzt, wo wir krank sind, nicht der Theorie wegen Experimente machen. Einen Volksstaat aufzurichten, ist ebenso ein technisches Kunstwerk, wie ein moralischer Entschluß. Um beides möglich zu machen, gehen wir mit der neuen Regierung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Reichsminister Erzberger: Zwei Tage vor der Verlängerung des Waffenstillstandes kam die Aufforderung der Alliierten, Sachverständige in Lebensmittelfragen und Schiffahrtsangelegenheiten nach Trier zu senden. Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen sind diese Sachverständigen einen Tag später in Trier eingetroffen als die Waffenstillstand-Kommission. Marschall Foch hat einen Tag vor der Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar vorgeschlagen, es möchte eine Sonderkonferenz über Gestellung von Schiffen und Lebensmitteln stattfinden. Ich erklärte mich dazu bereit, und fügte hinzu, daß die deutschen Sachverständigen noch nicht anwesend seien. Man kam überein, daß der Marinesachverständige der Waffenstillstandskommission die Wünsche der Alliierten entgegennehmen sollte. Kapitän Vanselow meldete sofort als unsere Forderungen an: 1. Sicherstellung des Eigentums an deutschen Schiffen, 2. Recht der deutschen Besatzung, 3. angemessene Vergütung. Die Engländer, Amerikaner und Franzosen haben diese drei Fragen bejaht. Unsere Sachverständigen trafen am nächsten Tage erst um ½5 Uhr in Trier ein, und sie konnten natürlich in der kurzen Zeit bis 5 Uhr die Bedingungen des Schiffahrtsabkommens nicht prüfen. Für mich lag die Frage so: Soll der Waffenstillstand verlängert werden? Soll Deutschland die Aussicht haben, die unentbehrlichen Lebensmittel zu bekommen, oder sollen wir abreisen? Die Verantwortung für das Letztere hätte ich nicht übernehmen können, denn die Politik der Risiken kann das deutsche Volk in der heutigen Zeit sich nicht mehr leisten. (Sehr richtig.) Die in der Oeffentlichkeit oft aufgetauchte Behauptung, daß die deutschen Schiffe ausgeliefert seien, ist ein Grundirrtum, mit dessen Verbreitung die deutschen Interessen geschädigt werden. Die Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden nur zur Verfügung gestellt. Es ist ausdrücklich in dem Abkommen gesagt, daß damit keine endgültige Entscheidung getroffen ist, daß das Abkommen nur für die Dauer des Waffenstillstandes gilt. Das Eigentum an Schiffen ist für uns absolut gesichert mit der Sicherheit, die jeder internationale Vertrag bieten kann. Wenn Abg. Naumann sagt, die Schiffe sollten vorerst nicht ausfahren, so entspricht das der Absicht der Regierung und dem Sinne des Abkommens. Alle unsere Bemühungen, vom Gegner Kredite zu bekommen, sind gescheitert. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß wir die russischen Gefangenen nicht zurückgegeben hätten. Rußland hat uns heute die 50 000 deutschen Kriegsgefangenen, die noch im Elend sitzen, nicht zurückgegeben. (Hört! Hört!) Wir haben dagegen die russischen Gefangenen zurückgeschickt, bis die Entente von uns verlangt hat, daß der Rest in deutschen Sammellagern vereinigt und nach den Bestimmungen der Entente in bestimmte Gegenden geschickt werden soll. Seit dem 11. Januar 1919 befindet sich kein Kriegsgefangener der Alliierten mehr in Deutschland. Um so berechtigter ist die einmütige Forderung des deutschen Volkes, daß noch vor dem Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen Kriegsgefangenen uns wiedergegeben werden. (Beifall.)

Hierbei wird die Beratung abgebrochen. Schluß ¼7 Uhr.

Nächste Sitzung, Freitag, 2 Uhr: Wahl des Präsidenten und eines Vizepräsidenten. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 14. Februar 1919.

—* Die Vorgänge in Zeithain. In der „Volksztg." wird in einer wahrscheinlich vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat stammenden Darstellung zu den Vorgängen in Zeithain Stellung genommen. Es heißt darin u. a.: Der bisherige Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats Zeithain, Ruthmann, ist im Ministerium für Militärwesen in Dresden gewesen und hat unter Vorlegung einer Anzahl Schriftsätze Beschuldigungen gegen die Mitglieder des Vollzugsrates in Zeithain erhoben. Auf Grund dieses Vorgehens Ruthmanns hat das Ministerium nach Zeithain 272 Mann Sicherheitstruppen entsandt, um angeblich der Sache auf den Grund zu gehen. An dem betreffenden Abend beschäftigte sich eine Vollsitzung des Soldatenrates Zeithain, an der die Vertreter der Sicherheitstruppen teilnahmen, mit der Angelegenheit. Das dort gekennzeichnete Verhalten des verschwundenen früheren Vorsitzenden Ruthmann zeigte den letzteren im Lichte eines politischen Hochstaplers. Die Truppen sind mit entsichertem Gewehr und bereitgehaltenen Maschinengewehren gegen das Lager angerückt. Dadurch konnte es sehr leicht zum Blutvergießen kommen. Die Vertreter von Riesa forderten, daß die Truppen wieder zurückgenommen werden, und protestierten dagegen, daß der Truppenübungsplatz Zeithain ohne weiteres dem 12. Armeekorps zugeteilt werde. Zur weiteren Regelung der Frage haben am Mittwoch in Zeithain Verhandlungen stattgefunden, an denen Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa und des Soldatenrats vom 19. Armeekorps teilgenommen haben. Das weitere wird beim Ministerium für Militärwesen in Dresden verhandelt.

—* Die Verstaatlichung des sächsischen Bergbaues. Zu unserer gestrigen Meldung über die geplante Verstaatlichung des Bergbaues in Sachsen erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß zur Zeit an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs gearbeitet wird. Bei der außerordentlichen Kompliziertheit des Problems läßt sich natürlich heute noch nicht sagen, welche Gestalt der Entwurf gewinnen wird. So steht zur Zeit überhaupt noch nicht fest, ob alle Bergwerke Sachsens vom Staate übernommen werden oder nur die größeren, ob die zu übernehmenden Bergwerke auf einmal übernommen werden oder nach und nach. Ebensowenig ist heute mit Sicherheit etwas darüber zu sagen, ob die sächsische Regierung das Kohlenunterirdische mit einer Förderabgabe entschädigen wird oder zusammen mit dem übrigen nach dem Zeitwerte oder ob die Regierung eine Rente geben wird. Natürlich würde eine Entschädigung nach dem Zeitwerte nicht in barem Gelde möglich sein, sondern könnte nur durch Ausgabe von Staatsschuldscheinen gemacht werden, die die betreffenden Entschädigungsberechtigten sich zum Nennwert anrechnen lassen müßten. Es ist natürlich sehr schwer, mit einem Male 80 Bergwerke zu übernehmen. Das ist nur dann möglich, wenn zunächst einmal das technische und kaufmännische Personal in den Staatsdienst übernommen wird. Außerdem müßte man eine Zentralbehörde in Dresden schaffen, die unter der Leitung des Finanzministeriums den Betrieb der sächsischen Staatsbergwerke leitet. In dieser Oberbehörde würden dann wahrscheinlich auch alle Fragen sozialer Natur erledigt werden, und auch Vertreter der Belegschaften in ihr tätig sein müssen. Im übrigen wird die Verstaatlichung noch gar nicht so schnell vor sich gehen, weil das praktisch ganz unmöglich ist. Wenn von anderer Seite auf das Beispiel der Engländer verwiesen wird, wo die Regierung während des Krieges einfach erklärt habe, daß alle Bergwerke, Eisenbahnen und Munitionsfabriken unter die Leitung der Regierung gestellt würden und für Rechnung des Staates zu arbeiten hätten, so ist hierzu zu sagen, daß das unter dem Drucke des Krieges und während der Herrschaft des Militarismus geschehen ist. Bei uns muß die Volkskammer darüber entscheiden, und da werden die Meinungen sehr verschieden sein, wie schon daraus hervorgeht, daß selbst innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Ansichten von einander abweichen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Pläne der sächsischen Regierung möglicherweise von der Reichsregierung durchkreuzt werden. Wie wir hören, soll in das Reichsgesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, daß der Bergbau Sache des Reiches ist. Es kann auch kommen, daß die ganzen Kohlenschätze in das Eigentum des Reiches übergehen. Dann hätte natürlich der sächsische Plan gar keinen Zweck. Das alles ist noch im Flusse und wird nicht heute und morgen entschieden. Inzwischen ist aber die sächsische Regierung in dieser Angelegenheit tätig und man kann nur Genugtuung darüber empfinden, daß etwas geschieht und daß gearbeitet wird.

— Drohende Ausstandsgefahr im Bornaer Kohlenrevier. Im Bornaer Kohlenrevier, wo es schon in letzter Zeit etwas unruhig war, ist es jetzt zu einer ernsten Bewegung gekommen, in der Leipziger und Hallenser Einflüsse unschwer zu erkennen sind. Die Bergarbeiter fordern jetzt die sofortige Sozialisierung des Bornaer Reviers und haben gestern (Donnerstag) morgen Betriebsräte gewählt, deren sofortige Anerkennung sie von der Regierung fordern, widrigenfalls der Ausstand auf der Stelle eintreten würde. Es ist aber ein vorläufiges Uebereinkommen zwischen Regierung und Bergarbeitern dahin erzielt worden, daß in der nächsten Woche eine endgültige Regelung getroffen werden soll. Man hegt in Regierungskreisen die Hoffnung, eine gütliche Einigung zustandezubringen.

— Die sozialdemokratische Fraktion der Sächsischen Volkskammer hat, wie verlautet, beschlossen, da sie allein nicht über die Mehrheit in der Volkskammer verfügt der Deutschen Demokratischen Partei zwei und den Unabhängigen einen Ministerposten anzubieten.

— Einen Präsidenten der Republik Sachsen wird es nach der neuen sächsischen Verfassung nicht geben. Man hält diesen Posten für überflüssig. Der Ministerpräsident wird die Aufgaben des Präsidenten mit zu erfüllen haben. Im übrigen ist ein rein kollegiales Ministerium vorgesehen. Der Gedanke der Bildung eines besonderen politischen Kabinetts ist wieder fallen gelassen worden.

— Viehzählung am 1. März 1919. Am 1. März 1919 findet eine der in der Verordnung des Bundesrats vom 8. Mai 1918 nach den Bundesratsbeschlüssen vom 30. Januar und 9. August 1917 angeordneten vierteljährlichen kleinen Viehzählungen statt.

—* Local-Erfindungs-Schau. Vom Patentbüro Krueger, Dresden-A. Auskünfte an die Leser kostenlos. Franz Czeck, Riesa: Eisenbewährte Betonplatten. (Gm.) — Dipl.-Ing. Reinhard Klinkhardt, Wurzen: Zwangsläufig gelagerter Preßkolben für Strohpressen. (Gm.) — Aug. Scherer, Riesa: Schlagkugelmühle. (ert. Pat.)

— Die Grußpflicht. Ueber den militärischen Gruß im Friedensheer wurden im letzten „Sächsischen Verordnungsblatt" vorläufige Bestimmungen erlassen. Einen einseitigen Grußzwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht mehr. Dagegen besteht für beide die Pflicht, sich gegenseitig zu grüßen, wobei der Jüngere und im Dienstgrad Niedere dem Aelteren zuvorkommen muß. Die Grußpflicht ruht innerhalb aller Menschenansammlungen; sie fällt für Entlassene weg. Für mobile Formationen bleiben besondere Regelungen vorbehalten. Die freiwillige Ausbreitung der Grußsitte wird ein schönes Zeichen der Kameradschaft im republikanischen Heere sein.

— Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Vom 1. April ab werden, wie wir schon mitteilten, die Personenfahrpreise 1. bis 4. Klasse um 100, 40, 30 und 20 Prozent erhöht. Die Ergänzungsgebühr bei Schnellzügen fällt fort. Außer dem Personenzugsfahrpreis werden dafür Schnellzugszuschläge erhoben, und zwar bis 75 Kilometer 1. und 2. bezw. 3. Klasse 2 bezw. 1 Mark, bis 150 Kilometer 4 bezw. 2 Mark, über 150 Kilometer sechs bezw. 3 Mark. Für den Nahverkehr mit Schnellzügen werden Mindestfahrpreise von 17 Mark für 1. Klasse, 10 Mark für 2. und 5 Mark für 3. Klasse festgesetzt. Eine Erhöhung der Fahrpreise der Arbeiter-, Schüler- und Soldatenkarten tritt nicht ein. Bei den Letzteren fällt die 50prozentige Ergänzungsgebühr fort. Militär zahlt außer dem seit April 1918 eingeführten 50prozentigen Zuschlag einen weiteren Zuschlag von 20 Prozent. Zusammengesetzte Fahrscheinhefte werden vorerst nicht ausgegeben. Der Hundefahrpreis wird um 20 Prozent erhöht. Bei Gepäck und Expreßgut entfällt der doppelte Frachtsatz, es wird ein 50prozentiger Zuschlag erhoben werden. Die Beschränkung des Einzelstücks auf 50 Kilogramm fällt fort.

—SEA. Neubau der kirchlichen Verfassung in Sachsen. Der am 11. und 12. Februar in Dresden versammelte 1. sächsische Kirchentag, der unter Leitung des Evangel.-luth. Landeskonsistoriums stattfand, gab bezüglich des Neubaus der sächsischen kirchlichen Verfassung folgende Wünsche kund: 1. Die aktive Wahlfähigkeit zu den kirchlichen Körperschaften ist grundsätzlich an alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Gemeindeglieder auszudehnen und die 1906 eingeführte Form des Anmeldeverfahrens wieder aufzugeben. Den Frauen wird das passive Wahlrecht zugebilligt. 2. Neben den Kirchenvorständen ist für jede Einzelgemeinde durch Wahlen eine weitere Gemeindevertretung zu schaffen, der eine bestimmte abzugrenzende Reihe wichtigerer Angelegenheiten der Einzelgemeinde zur Begutachtung und Beschlußfassung vom Kirchenvorstande vorzulegen sind. 3. Die Diözesanversammlungen, die sich entweder wie bisher aus der Gesamtheit der Kirchenvorsteher einer Ephorie zusammensetzen oder als Diözesansynode besonders gewählt werden könnten, sind für alle gemeinsamen Angelegenheiten der Ephorie unter Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes der Einzelgemeinde mit Beschlußrechten auszustatten. 4. Die Wahlen zur Synode sind in möglichster Verteilung der Mandate nach dem Verhältnis der Seelenzahl zu direkten Wahlen der Kirchgemeinden durch ihre Kirchenvorsteher umzugestalten, doch nicht nach dem Verhältnis- und Listenwahlsystem, um kirchliche Parteibildungen zu vermeiden, und die Zahl der Laien in der Synode ist auf ungefähr das Doppelte der Zahl der geistlichen Abgeordneten zu erhöhen. 5. Die kirchlichen Behörden können nach dem Wegfall des Summepiskopates des Landesherrn künftig nur auf Grund einer Berufung durch die synodalen Körperschaften bestehen und im organischen Zusammenhange mit ihnen ihres Amtes walten.

— SEA. Eine Antwort des Volksbeauftragten für das Kultusministerium auf den Protest des Landeskonsistoriums gegen die religiöse Simultanschule ist erfolgt, wie die Dresdner Aufklärungsstelle meldet, erfolgt. Sie enthält das Zugeständnis, daß die Beibehaltung der Verordnung über die Einheitsschule von der Entschließung der künftigen Volkskammer abhängig sein werde. Im übrigen sollen die Ausführungen des Landeskonsistoriums „als wertvolles Material bei der künftigen Neuordnung des Volksschulwesens mit Verwendung finden."

—* Die tschechisch-slowakische Gefahr. Neuerdings wird in der Presse mehrfach bekannt gegeben, daß die tschecho-slowakische Regierung nicht in reichsdeutsches Gebiet einzudringen beabsichtigt. Auch die sächsische Gesandtschaft bei der tschecho-slowakischen Regierung veröffentlicht eine Mitteilung in der Reichenberger Zeitung, in der es heißt: Wir glauben, daß die tschecho-slowakische Regierung nicht nach Sachsen einzufallen beabsichtigt. Demgegenüber sei auf folgende Tatsachen hingewiesen: 1. Die jetzige tschecho-slowakische Regierung sitzt durchaus nicht fest im Sattel, mit ihrem Sturz muß jeden Tag gerechnet werden. Wir stehen dann vollkommen veränderten Verhältnissen gegenüber. 2. Polen und Tschechen, die sich gegenseitig um Oesterreichisch-Schlesien bekämpft haben, haben Waffenstillstand geschlossen. Ihre Truppen, die gegeneinander im Felde standen, sind nunmehr für andere Verwendung frei geworden. Die Tschechen haben darunter zwei besonders gute Divisionen. Diese sind in Frankreich und Italien aus Kriegsgefangenen und amerikanischen Tschechen im Laufe des Krieges zusammengestellt und heißen tschecho-slowakische Legionen. Sie haben in Frankreich und in Italien gegen uns gekämpft. 3. Im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet treiben sich zahlreiche Banden und lichtscheues Gesindel herum. Es ist sehr fraglich, ob die tschecho-slowakische Regierung die Macht hat, diese Banden im Zaum zu halten. Es ist daher nie ausgeschlossen, daß sie überraschend auf sächsischem Boden erscheinen und plündernd und raubend unsere Landsleute heimsuchen. Die tschecho-slowakische Gefahr ist, wie aus all diesen Tatsachen hervorgeht, durchaus nicht erledigt. Durch Versprechungen und Beschönigungen dürfen wir uns nicht abhalten lassen, für den notwendigen Schutz unserer Heimat zu sorgen.

—* Ausverkäufe. Die Handelskammer macht darauf aufmerksam, daß der Frühjahrssaison- oder Inventurausverkauf nur bis zum 15. Februar statthaft ist. Die Handelskammer wird Uebertretungen wie früher nachdrücklich entgegentreten.

* Gröba. Sonnabend, den 15. Februar findet im Gasthof Gröba eine einmalige Aufführung von Otto Ernsts vielumstrittenem Drama „Die größte Sünde" statt. Das gedankenschwere Werk erregte bei der Aufführung im Dresdner Zentraltheater das größte Aufsehen und war ein Ereignis der Spielzeit. Nachmittags ½5 Uhr findet eine Märchenaufführung statt.

* Leutewitz. Bei der Gemeinderatswahl wurden für die Liste der Wirtschafts- und Hausbesitzer, sowie der Unansässigen 45, für die Liste der Gutsbesitzer 38 Stimmen abgegeben. In den Gemeinderat treten ein die Herren Hausbesitzer Karl Hammitzsch, Kirchschullehrer Iwan Schönebaum (Ersatzmann: Herr Oskar Schlegel), Gärtnereibesitzer Paul Mornhinweg, Gutsbesitzer Rudolf Lommatzsch und Gutsbesitzer Albin Müller.

)(Dresden. Die Pockenerkrankungen sind in der Abnahme begriffen. Dagegen treten mehrfach wieder Grippeerkrankungen auf.

Leipzig. Eine amerikanische Ernährungskommission weilt zurzeit in unserer Stadt. Die drei Herren unterrichten sich unter Führung des Vorstandes des städtischen Ernährungsamtes über den Stand der hiesigen Ernährung und über den Plan einer gerechten Verteilung von Lebensmitteln. — (Das eine Mal ist über englische, das andere Mal über amerikanische Ernährungskommissionen zu berichten, wenn nur endlich einmal auch über das Eintreffen von Lebensmitteln berichtet werden könnte.)

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 14. Februar 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

)(Berlin. Zur Verhaftung Radeks wird in der „Deutschen Allg. Ztg." gesagt: Die spartakistische und unabhängige Presse spricht Drohungen gegen die Reichsregierung aus. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es nicht Sache der Regierung, sondern zunächst die der Staatsanwaltschaft und sodann der Gerichte ist, über die Zulässigkeit und den Fortgang des Verfahrens zu entscheiden. Zwischen der deutschen und der russischen Regierung bestehen z. B. keinerlei amtliche Beziehungen, noch viel weniger ist Radek als Vertreter Rußlands bei uns be-

SLUB
Wir führen Wissen.

glaubigt oder aufgenommen. — Aus den Vereinigten Staaten wurden laut „Berl. Lokalanz." 800 Bolschewiki und andere radikale Aufwiegler ausgewiesen.

Die Reichsregierung wünscht der „Deutschen Allg. Ztg." zufolge die notwendigen Arbeiten der **Nationalversammlung** für Anfang April zu beenden, und wenn nach Ostern noch einmal ein Zusammentritt nötig ist, sie in Berlin tagen zu lassen, das auch für die späteren Tagungen des Volkshauses in Aussicht genommen ist. — Wie die „Voss. Ztg." hört, ist gestern im preußischen Kabinett beschlossen worden, die **preußische Landesversammlung** zum 4. März einzuberufen. Außerdem haben die maßgebenden Faktoren die Absicht, auch für Preußen einen Staatspräsidenten zu wählen.

Der „Lokalanz." meldet aus **Hamburg: Die Lohnbewegung im Verkehrswesen** ist noch nicht beendet. Mit überwältigender Mehrheit haben die Angestellten und Arbeiter der Hochbahn, der Straßenbahn und der Zentralbahn beschlossen, auf ihren Forderungen und im Streik zu verharren, sodaß also auch am Freitag die Straßen- und Hochbahnen nicht verkehren werden.

Der „Lokalanz." meldet aus **Kopenhagen:** Nach einem **Telegramm aus Flensburg** beschloß der dortige deutsche Ausschuß, unter der Bevölkerung eine **Probeabstimmung** darüber vorzunehmen, ob Stimmung für oder gegen den Anschluß an Dänemark vorhanden ist. Das Ergebnis der Abstimmung soll der deutschen und der dänischen Regierung, sowie der Friedenskonferenz mitgeteilt werden.

Entwaffnung Deutschlands unter Kontrolle der Alliierten.

)(**Paris.** Nach einer Havas-Meldung wird das hervorstechendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf kurze Frist, sondern endgültig bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgeschlossen werden wird. Der Oberste Kriegsrat war der Ansicht, daß der provisorische Modus vivendi weder für Deutschland noch für die Entente länger wünschenswert sei, und daß es besser sei, das Peinliche in den Beziehungen der beiden Parteien zu beseitigen. Seit dem 11. November haben die Alliierten in der Tat Deutschland aus der Nähe prüfen und sich genau von seinen wirklichen Absichten ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen können. Sie müssen in der Lage sein, von ihm die Ausführung seiner Verpflichtungen zu erreichen, ohne das Zwangsmittel einer allmonatlichen Erneuerung des Waffenstillstandes zu gebrauchen, das gleich einem Damoklesschwert über Deutschland schwebe. Anderseits wurden die Alliierten genötigt, um so ernstere Bürgschaften zu fordern, als der Waffenstillstand länger dauern wird. Sie wandten die Grundsätze Wilsons an, wonach es Deutschland unmöglich gemacht werden müsse, den Krieg wieder zu beginnen, und wonach die Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente nicht durch häufig wiederholte Waffenstillstandsbesprechungen vergiftet werden sollten. Ferner wurde der energische Wunsch Clemenceaus berücksichtigt, Frankreich gegen jegliche Ueberraschung zu schützen, den er in der gestrigen Sitzung des Kriegsrates zum Ausdruck brachte. Präsident Wilson schloß sich dieser Auffassung an. Nach Anhörung der militärischen Sachverständigen nahm der Kriegsrat schließlich folgende Entschließungen an: Der gegenwärtige Waffenstillstand wird am 17. Februar für eine sehr kurze Dauer erneuert werden, mit der Möglichkeit für die Alliierten, ihn jederzeit aufzuheben, sobald die Klauseln nicht erfüllt werden, zu denen die vorher von den Deutschen nicht ausgeführten, sowie die Verpflichtung für ihr Heer gehören, **unverzüglich die Feindseligkeiten gegen Polen einzustellen** und nicht die festgesetzte Linie zu überschreiten. Während der kurzen Frist wird eine Sonderkommission endgültig die Bedingungen für den neuen Waffenstillstand redigiert haben, der diesmal bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gelten wird. Die Bedingungen sind scharf und sollen vor allem eine **Demobilmachung und Entwaffnung Deutschlands unter Kontrolle der Alliierten** ins Auge fassen. Deutschland wird dann mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen befaßt werden. Die Nationalversammlung in Weimar wird sie zweifellos bis zum Erlöschen des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen vermögen.

Der Völkerbundentwurf in zweiter Lesung angenommen.

)(**Paris.** (Agence Havas.) Die 2. Lesung des Völkerbundentwurfes begann am Donnerstag vormittag unter Wilsons Vorsitz und wurde nachmittags unter dem Vorsitz Cecils fortgesetzt. Die 26 Artikel wurden nach eingehender Erörterung, die keinen Punkt unklar ließ, angenommen. Der Entwurf wird veröffentlicht werden, sobald er von Wilson der Konferenz vorgelegt sein wird, die am Freitag um 3 Uhr zu einer Vollsitzung zusammentreten wird. In dieser Vollsitzung wird Wilson den Zweck des Völkerbundes auseinandersetzen.

Belgische Truppen in Duisburg.

)(**Duisburg.** In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Es ist eine Kompanie eingerückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort drei Hamborner Spartakisten vorgefahren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die Spartakusleute wurden so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze das Rathaus.

Die Entschädigungsforderung.

)(**London.** (Reuter.) Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Rückerstattung der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien endgültig angewiesen worden, eine Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten als auch den tatsächlich angerichteten Schaden umfassen.

Vermischtes.

Die Explosion einer angeblichen Höllenmaschine bei Mantille, die zu einem großen Eisenbahnunglück führte und die Presse bereits zu einer heftigen Hetzkampagne anregte, hat eine sehr merkwürdige und einfache Lösung gefunden. Die Höllenmaschine war, wie die Untersuchung ergeben hat, ein Grammophon und die giftigen Gase, die man ebenfalls festgestellt hätte, waren nichts anderes als die Gase, die sich beim Verbrennen der phonographischen Platten entwickelt hatten, die sich aus unaufgeklärter Ursache entzündet haben.

Brauner langhaariger **Hund zugel.**, Marke Amtsh. Großenhain Nr. 2764. Abzh. in **Paustitz 12a.**

Einige Realschüler suchen
Schlafstellen.
Angeb. unter V L 1471 an das Tageblatt Riesa erb.

Kinderloses Ehepaar (Beamter) sucht
Wohnung
(2 Stuben, 1 od. 2 Kammern, Küche und Zubehör) für sofort oder 1. April.
Offerten unter B M 1477 an das Tageblatt Riesa erb.

Laden
in gut. Geschäftslage Riesas gesucht, Grundstückkauf nicht ausgeschlossen.
Offerten unter U L 1470 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer
mit Schlafzimmer, separat, Gaskocher 2c. **zu vermieten**
Hauptstr. 60, 1. r.

Bess. möbl. Zimmer
(nahe Bahnhof) zu verm.
Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Schlafstelle frei,
passend für Mädchen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Möbl. Zimmer
sofort zu vermieten.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Junger Herr, 19 Jahr, Fabrikbes.-Sohn, dem es wegen seinem Studium an Damenbekanntschaft fehlte, sucht auf diesem Wege
Bekanntschaft
einer jungen geb. Dame aus nur besserer Bürger-Familie. Erbitte Zuschrift u. N L 1463 an das Tageblatt Riesa.
Verschwiegenh. Ehrensache.

Wer würde jungem strebsamen Herrn, 19 Jahr, in
anorg. Chemie
unterrichten? Physik und Mathematik mit inbegriffen.
Erbitte Zuschriften unter M L 1462 a. d. Tagebl. Riesa.

Junges Mädchen
21 J., wünscht mit einfachem, soliden Herrn in Briefwechsel zu treten zwecks sp. Heirat.
Werte Offerten unter C M 1478 an das Tageblatt Riesa.

Heirats-Gesuch.
Herr, 31 Jahr alt, angenehm. Erscheinung, wünscht in Landwirtschaft einzuheiraten. Mädchen im gleichen Alter wollen sich melden. Witwe nicht ausgeschlossen.
Werte Off. mit Bild unter L R 1469 an das Tageblatt Riesa.

Landwirtstochter,
34 Jahr alt, ohne Anhang, mit gutem, verträgl. Char., mit vorläuf. 5000 Mk. Vermögen, sucht Bekanntschaft mit bess. Herrn zwecks Heirat. Landwirt od. Geschäftsmann bevorzugt. Strengste Verschwiegenheit zugesichert.
Offerten unt. Y L 1474 an das Tageblatt Riesa.

Junger Mann, 23 Jahre alt, jedoch unvermögend, wünscht zwecks
Heirat
hübsches, ruhiges, ordentlich. Mädchen bis 24 Jahre kennen zu lernen. Witwe mit Kind nicht ausgeschlossen.
Offerten unter A M 1476 an das Tageblatt Riesa.

Suche Bekanntschaft eines älteren Mädchens od. Witwe
zwecks Heirat.
Offerten mit Bild unter F M 1481 an das Tageblatt Riesa.

Ein
Wirtschaftsmädch. u. eine Mittelmagd
suchen Stellung durch
Seelig. Stellenverm., Röderau.

Ehrliches
Hausmädchen
sofort oder später gesucht
Poppitzerstr. 24, im Laden.

Kirchennachrichten.

Septuagesima 1919.

Riesa. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Matth. 5, 1—12, danach Abendmahlsfeier, Pfarrer Friedrich). 11 Uhr Kindergottesdienst (Pastor Lutharbt). Nachm. 2 Uhr Jugendgottesdienst (Pastor Lutharbt). Donnerstag Missionsabend. — Wochenamt vom 16.—22. Februar für Taufen und Trauungen Pastor Lutharbt und für Beerdigungen Pfarrer Friedrich.

Weida. Vorm. 9 Predigtlesegottesdienst.

Gröba. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, ½11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Jugendgottesdienst, P. Winkler. Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde in der Kirchschule, Pfarrer Burkhardt.

Paustitz. ½9 Gottesdienst (Pfarrkirche). ½2 Unterredung mit der Jugend. Darnach Jungfrauenverein.

Röderau. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Zeithain. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pastor Lutharbt aus Riesa).

Kath. Kapelle (Kasernenstr. 18). Sonnabend von 5 Uhr an Beichtgelegenheit bei einem fremden Geistlichen, auch für Polen. Sonntag um ½8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt und Segen. Werktags hl. Messe um 8 Uhr.

Die Stelle des Kirchners
(Glöckners und Kalkanten) in **Dörschnitz** bei Lommatzsch ist am 1. April d. J. neu zu besetzen. Wohnungsvergünstigung. Außerdem ist auch die Stelle eines
Totenbettmeisters
ebenda zu vergeben. Kirchlich gesinnte Persönlichkeiten wollen ihre Bewerbungen bis zum 1. März d. J. einreichen bei dem **Kirchenvorstand zu Dörschnitz.**

Achtung! Schlachtpferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notschlachten schnellst. zur Stelle. Bean. Transportw.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.

Ein jüngeres
Hausmädchen
für 1. März gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Wirtschafterin
gesucht.
Mädchen oder Witwe im Alter von 40—50 Jahren als Wirtschafterin ges., **spät. Heirat nicht ausgeschlossen.** Adr. zu erf. im Tagebl. Riesa.

Jung. Mädch. sucht z. 1. 4. f. 3—4 Mon. Aufnahme auf ein Gut, wo es oh. gegenseitige Vergüt. die Haus- u. Landwirtsch. erlernen kann. Fam.-Anschl. Bed. Ang. sind an **Joh. Sickert, Uhyst** (Schl.), Kr. Hoyerswerda, zu richten.

Kinderl. Mädchen, das die Schule verläßt, als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Vorzustellen b. **Frau Hirsch, Neugröba,** Bahnhofstr. 12, 1.

Wir suchen
für sofort oder 1. März
25 Stall- und Feldmägde
bei gutem Lohn,
Osterjungen u. Ostermädch.
Arbeitsnachweis des Landeskulturrates,
Nebenstelle Lommatzsch, Markt 21. — Fernspr. 138.

Eine gute
Putzarbeiterin
wird für 1. März gesucht.
Off. mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschr. an **H. Birkigt, Lommatzsch.**

Wer erteilt in den Abendstunden guten
Guitarreunterricht?
Angeb. unter X L 1472 an das Tageblatt Riesa.

1 Schlosser-Lehrling
für nächste Ostern gesucht.
Otto Gasch, Schlosserstr., Neuweida.

Gesang-Verein
sucht
Dirigenten.
Offerten unter G M 1483 an das Tageblatt Riesa.

Von großer kulanter Versicherungsgesellschaft wird ein Herr gesucht mit guten Beziehungen als
Vertreter
oder stiller **Mitarbeiter** für hiesigen Bezirk. Gewissenhafte Einarbeitung erfolgt durch Instruktionsbeamten.
Gefl. Offerten u. Z L 1475a an das Tageblatt Riesa.

Wer erteilt in den Abendstunden guten
Klavierunterricht?
Angebote unter W L 1472 an das Tageblatt Riesa erb.

Selbstkäufer sucht bald oder später mögl. in Sachsen gutgehendes
Geschäft
klein. od größeren Umfanges, Stadt od. Land, d. **Getreide-, Futter-, Saaten-, Kohlen- und Düngerbranche,** evtl. verbunden mit **Mahlmühle** od. **Schneidemühle** od. **Mehl- u. Holzhandel u. Fouragehandel.** Erwünscht ist geräumiger bahngünstiger Lagerraum. Ausführl. Angeb. m. näh. Angab. über Preis, Konkurrenz u. Zeitpunkt der Uebernahme erb. u. H 360 an **Haasenstein & Vogler, Dresden.** Gewerbsmäßige Vermittler verbeten.

Wirtschaft,
4—5 Rinder, 1 Pferd, Acker, Wiesen und sämtl. leb. u. tot. Inventar, sofort
zu kaufen gesucht.
Off. m. Preisangabe und Anzahl. an **Knöfel, Dresden-A.,** Frankenbergstr. 11.

Ein
Wohnhaus
in der Nähe Gröbas m. schönem Obstgarten ist zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Kl. Haus mit Garten
zu verkaufen.
Näheres **Meißnerstr. 3.**

Belg. Ries.-Häsin,
mit 1. Preis prämiiert, und 7 Stück Jungen, zu verk.
Gröba, Altrockstr. 24, 1. r.

2 Rasierstühle,
2 Spiegel,
1 Marmorplatte,
1 Photo-Apparat
nebst sämtlichem Zubeh. billig zu verkaufen.
Emil Heinicke, Nünchritz 146a.

1 Einspänner Tafelwagen, 1 Parkwagen, 1 Halbchaise,
welche sich in gutem Zustande befinden, **zu kauf. ges.**
Offerten mit Preisangabe zu richten an **O. Münder, Braunschwitz** bei Mügeln bei Oschatz.

Achtung!
Guterh. Militär-Stiefel
und **-Schuhe,** sowie
Militär-Kleidung
werden preiswert gekauft
Gröba, Steinstr. 13.

Vom
15.
lfd. Mts.
an
können Sie mit dem **Bezuge des Riesaer Tageblattes** beginnen. Bestellungen hierauf nehmen alle Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes zur Vermittelung an die Austräger entgegen.

Ein Jahr Amerika.

Roman von Arthur Zapp.

49. Fortsetzung.

In Newyork stiegen die beiden Herren im Hoffmann-House ab, einem Hotel am Madison-Square, während Miß Bessie in der Familie einer Freundin, die sie am Bahnhof erwartet hatte, Gastfreundschaft genoß. Freilich, den halben Tag über war man ja zusammen, und oft streifte Felden mit den beiden Damen allein in der großen Stadt umher, um die ihnen bisher nur vom Hörensagen bekannten Institute, Museen und andere Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, während Mr. Blankenburg Konferenzen abhielt oder der Ruhe pflegte. Des Abends traf man in der Regel in irgend einem Theater oder Konzert zusammen.

Es war am vierten Abend in der Grand Opera. Mr. Blankenburg hatte eine Loge genommen: Er selbst hatte mit Bessies Freundin die Vorderplätze inne, während Bessie und Felden hinter ihnen saßen. Miß Bessie trug ein bordeauxrotes Gesellschaftskleid, das ihrer dunklen Schönheit entzückend stand. In dem tiefschwarzen Haar trug sie Rosen von derselben Farbe; die zarten Wangen waren von der Glut der inneren Erregung lebhaft gefärbt und aus ihren dunklen Augen blitzte die lachende Lebensfreude, die frohe, glückselige Gehobenheit, in die sie das glänzende, rauschende Milieu und die Nähe Viktor Feldens versetzte.

Die Muße, deren er sich in den Newyorker Tagen erfreute und der durch das gesellschaftlich bewegte Treiben der letzten Tage angeregte Frohsinn veranlaßten ihn, äußerlichen Dingen mehr Aufmerksamkeit und Interesse zu widmen, als er es während der arbeitsreichen Zeit der letzten Monate getan hatte, und so konstatierte er zum ersten Male bei sich, daß Miß Bessie eigentlich eine Schönheit sei. Zugleich aber trat das Bild der anderen Amerikanerin vor seine Seele, die ihn einst ganz bezaubert und hingerissen hatte. Ach ja, Miß Carries Erscheinung hatte doch noch etwas Hoheitsvolleres gehabt und ihr ganzes Wesen etwas Bezaubernderes, Bezwingenderes und geistig Ueberlegeneres. In all den Tagen hatte er mit sich gekämpft, ob er ihr und ihren Eltern seinen Besuch machen sollte oder nicht. Aber war sie ihm nicht inzwischen längst entfremdet worden? Würde sein Besuch nach so langer Zeit nicht als taktlos empfunden werden? Aus der Erinnerung von Miß Carries Eltern war sein Name gewiß längst gestrichen. Ob auch aus ihrer? Mit dumpfem Herzklopfen hatte er diese Frage bei sich erwogen, ohne zu einem Resultat und zu einem Entschluß kommen zu können.

Ein Fächerschlag weckte ihn aus seinem Grübeln.

„Welch kniffliche Rechtsfrage beschäftigt Sie denn, Mister Felden?" fragte ihn seine Nachbarin mit schelmischem Lächeln. „Sie sollen doch hier überhaupt nicht denken, sondern nur schauen und hören."

„Verzeihung, Miß Bessie!" entschuldigte er sich. „Sie haben Recht. Es ist wirklich ein großartiges, bezauberndes Bild. So viele schöne Frauen und — so viele Brillanten habe ich noch nie an einem Orte zusammen gesehen."

„Nicht wahr? Sehen Sie einmal die Dame dort, in der zweiten Loge von hier — die trägt mindestens eine halbe Million Dollar mit sich herum. Wissen Sie, wer das ist?"

„Nein."

„Das ist die Gattin von George C. Davis."

„George C. Davis? Ja, wer ist das?"

Sie zeigte eine befremdet-unwillige Miene, indem sie die Augenbrauen so komisch-ernst hochzog und zugleich in so drolliger Weise tadelnd mit dem Kopf schüttelte, daß er laut auflachen mußte.

„Das sollten Sie als angehender Advokat doch wissen, Mister Felden. George C. Davis ist einer der mächtigsten, reichsten Männer des Pierpont Morgan-Konzerns. Sehen Sie nun ein, wie unwissend Sie noch sind, Mister Felden? Well, wenn Sie mich schön bitten, will ich mich Ihrer national-ökonomischen Bildung ein wenig annehmen."

Ihre sprudelnde Laune, ihre übermütige, heitere Stimmung steckte ihn an, und er legte die beiden Handflächen aufeinander und hob sie mit flehender Gebärde empor.

„Ja, — ich bitte schön, Miß Bessie."

Sie nickte huldvoll.

„Gut. Ich verspreche Ihnen, sobald wir nach Joliet zurückgekehrt sein werden, werde ich die amerikanische Nationalökonomie mit Ihnen durchnehmen."

Fortsetzung folgt.

Freitag, den 14. Februar, abends 8 Uhr im Hotel Höpfner, große

Volksversammlung,

in der eine Massenkundgebung gegen die ungerechtfertigte Zurückhaltung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen beschlossen werden soll. Vortragender: Herr Buchhändler Heinrich Minden, Dresden.

Alle Angehörigen und Freunde unserer Gefangenen und alle Volksgenossen, Männer und Frauen, sind eingeladen.

Zweigverein und Ortsstelle Riesa vom Roten Kreuz.

Für die wohltuenden Beweise der Liebe und Anteilnahme bei dem schmerzlichen Verluste meiner lieben unvergeßlichen Schwester

Agnes Geudtner

sage ich nur hierdurch allen meinen

innigsten Dank.

Marie Geudtner.

Riesa, den 13. Februar 1919.

Nachruf.

Tiefbewegt erfüllen wir hiermit die traurige Pflicht, unserem lieben Jugendfreund

Willi Lau

Unterseeboots-Maschinisten-Maat

ein „Ruhe sanft" in sein fernes Grab nachzurufen.

Uns allen war er stets ein aufrichtiger, guter Freund. Wir beklagen diesen Verlust auf's schmerzlichste, ist uns doch die Freude vernichtet worden, ihn in unserem Jugendkreise wieder aufzunehmen.

Wir bewahren ihm allezeit ein ehrendes Andenken.

Heilig das Schwert,
Das die Feinde getötet,
Heilig das Blut,
Das die Erde gerötet,
Heilig des Helden
Glorreiches Grab.

Die Jugend von Zeithain.

Allen lieben Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Eisenwerksarbeiter und Kirchendiener

Karl Riedel

nach längerem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Dies zeigt im tiefsten Schmerze an

Emilie verw. Riedel nebst Kindern
im Namen aller Hinterbliebenen.

Röderau, den 14. 2. 19.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Unsere und seine Hoffnung auf ein Wiedersehen ist vernichtet.

Tieferschüttert erhielten wir die unfaßbare Nachricht von einem seiner Kameraden aus der Gefangenschaft, daß unser herzensguter, hoffnungsvoller Sohn, mein einziger lieber, unvergeßlicher Bruder und Enkel

Karl Schrapel

Schütze bei einer Masch.-Gew.-Komp. im Inf.-Regt. 351

am 14. Septbr. 1918 im blühenden Alter von 19 Jahren sein Leben opfern mußte.

Bobersen, am 14. 2. 1919.

Im tiefsten Schmerze
Die trauernde Familie **Richard Schrapel.**

Du starbst so früh
Und wirst so schwer vermißt.
Du warst so lieb und gut,
Daß man Dich nie vergißt.

Gestern mittag 1 Uhr erlöste Gott meinen lieben Mann, unsern guten Schwieger-, Groß- und Pflegevater

Hermann Engel

von seinen schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden durch einen sanften Tod.

In tiefster Trauer **Amalie Engel**
im Namen aller Hinterbliebenen.

Riesa, Schützenstr. 8, d. 14. 2. 19.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag ½3 Uhr von der Halle aus statt.

Vereinsnachrichten

Riege „Evert" (Allg. T.-V.). Sonntag nachmittag 2 Uhr Hauptversammlung. Karpfen.

Schützen-Gesellschaft Riesa.

Zur Beerdigung unseres Ehrenmitgliedes **Friedrich Feller** stellen die Mitglieder Sonnabend vorm. ½12 Uhr im „Goldenen Engel".

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Der Vorstand.**

Oeconomen-Verein Riesa und Umgegend.

Sonnabend, den 15. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr

Versammlung im Sitzungszimmer Hotel Höpfner.

Tagesordnung: Besprechung über Verschiedenes. Erscheinen aller Mitgl. ist dring. erwünscht. **Der Vorstand.**

Sächsische Fechtschule Verb. Pausitz.

Sonntag, den 16. Februar, abends 7 Uhr

Jahres-Hauptversammlung

im **Gasthof Pausitz.** Neuwahlen usw.

Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Gesamtvorstand.**

Sächsische Fechtschule Verb. Nünchritz.

Sonntag, 16. Februar, nachm. 3 Uhr im Gesellschaftshaus

Hauptversammlung.

Tagesordnung:
Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.
Alle Mitglieder werden um ihr Erscheinen gebeten.

Der Gesamtvorstand.

Sächsischer Offiziersbund.

Alle **Offiziere, Sanitäts-, Veterinär-, Zeug- und Feuerwerksoffiziere und Beamte des aktiven, inaktiven und Beurlaubtenstandes sowie deren Angehörige** aus Riesa und Umgebung, die bereits Mitglieder des Sächsischen Offiziersbundes sind oder es werden wollen, werden für

Sonnabend, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr

zu einer

Versammlung im Hotel Kaiserhof

eingeladen.

Zweck der Versammlung: Bildung einer Ortsgruppe Riesa, Bericht über die Tätigkeit des Sächsischen Offiziersbundes.

Der S. O. B. ist **keine politische** Vereinigung, sondern bezweckt in unsrer schweren Zeit mit ihren wirtschaftlichen Gefahren einen Zusammenschluß aller Offiziere und Beamten zur **Wahrung unsrer wirtschaftlichen Interessen.**

Darum darf kein Mitglied unsres Standes fehlen.

Bekanntmachung.

Wer von der 4. und 5. Ers.-Batt. F.-A.-R. 32 noch Zahlungen zu fordern hat, muß diese **bis 17. Februar** geltend machen. Nach dieser Zeit können keine Zahlungen mehr stattfinden. **Weber, Ruff,** Wachtmeister.

Für die uns anläßlich unsrer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und schönen Geschenke sagen wir allen Arbeitskollegen, Kameraden, Nachbarn und Bekannten unsern **aufrichtigsten, herzlichsten Dank.**

Nünchritz, am 14. 2. 19.

Emil Herrmann und Frau.

Herzlichen Dank

für den schönen Blumenschmuck bei dem Begräbnis meines lieben Gatten, unseres guten Vaters und Großvaters

Karl August Prescher.

Besondern Dank dem Herrn Gem.-Vorstand und dem Gemeinderat für die letzte Ehre, sowie dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte und dem Herrn Kirchschullehrer für den erhebenden Gesang am Grabe. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan. Im tiefsten Schmerz

die trauernde Gattin nebst allen Hinterbliebenen.

Röderan, den 13. 2. 1919.

Geschäfts-Uebernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Riesa und Umgegend** zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am **heutigen Tage** das

Damen- und Herren-Friseur-Geschäft

von Herrn **Gustav Hahn, Wettinerstraße 11,** käuflich übernommen habe. Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Ich empfehle mich zur Ausführung **sämtlicher Frisuren für Damen und Herren** unter Zusicherung promptester sauberster Bedienung, sowie **Anfertigung sämtlicher Haararbeiten,** feinste Ausführung, naturgetreu.

Nagelpflege nach Joseph Reichelt.
Ondulation nach Marcell.

Da ich in ersten Geschäften der Großstadt gearbeitet, glaube ich in der Lage zu sein, den Ansprüchen jedes Einzelnen gerecht zu werden.

Mit der Bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichnet hochachtungsvoll

Kurt Zech, Friseur.

Nähmaschinen (Seidel u. Naumann) sind wieder eingetroffen bei **Albin Bley.**

Bekanntmachung.

Die Mitglieder der **Jagdgenossenschaft Streumen** werden hiermit geladen

Montag, den 3. März 1919, abends 8 Uhr

im **Häuselschen Gasthofe** zur Beschlußfassung über Ausübung der Jagd sich einzufinden.

Streumen, den 14. Febr. 1919.

Der Jagdvorstand.
Gustav Kretzschmar.

Waschmaschinen neue Sendung empfiehlt **G. J. Lochmann.**

Nähmaschinen aller Systeme **repariert** fachgemäß **Schließer,** Hauptstr. 60.

Emaillierte Eimer wieder eingetroffen. **Paul Schieritz,** Glaubitz.

Handwagen, Handwagenräder, Treppenleitern, Bockleitern in bekannter Güte empfiehlt **Döllscher,** Riesa, am Schlachthof, Fernsprecher 532.

Wagenfett in kleinen Gebinden preiswert abzugeben **Ferdinand Fritz,** Oele und Fette, **Dresden-A.** Stephanienstr. 6.

Gänsefedern-Verkauf.

Prima geschlissene Gänsefedern, gute weiße Ware, liegen zum Verkauf bei **Albert Haberecht, Bobersen.**

Bettfedern, wie solche von der Gans kommen, Pfd. 5.25 M., bessere 5.75 M., sortierte 6.75 M. empf. E. Slewert, Waschewier, (Oderbruch).

Roggenstroh (Flegel- od. Breitdrusch) sucht zu kaufen **M. Gumlich.**

Suche 200 Schock **Strohseile** zu kaufen oder geg. Stroh zu tauschen, auch im kleineren. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Sportwagen, Schlitten z. verk. Bismarckstr. 11a, 3. L.

Ersatz für Kartoffeln.

1000 Zentner rote **Speisekarotten, schwarze Rettiche** empfiehlt **Georg Schneider** Kaiser-Franz-Joseph-Str. 3a. Fernsprecher 670.

Achtung!

Fahrräder mit Gummibereifung (großes Lager vorrätig), sowie Nähmaschinen- u. Fahrrad-Ersatzteile. **Franz u. Emil Müller,** Fahrrad- und Maschinen-Handlung, Installationsgeschäft für Licht u. Kraft, Merzdorf-Riesa. Fernsprecher 506.

Schnelle u. zuverl. Erwirkg. v. **PATENT.** Muster-Schutz u. Warenzeichen. Seit 1901 bekannt u. empf. Beratung u. Auskünfte persönlich od. briefl. Patentbüro Krueger, Dresden-A., Schlossstraße 2. VERWERTUNG

Karbidlampen, Karbidtischlampen, Karbid, elektrische Beleuchtungskörper in großer Auswahl. **Franz und Emil Müller,** Fahrrad- und Maschinen-Handlung, Installationsgeschäft für Licht u. Kraft, Merzdorf-Riesa. Fernsprecher 506.

Schweine-Versicherung Oelsitz u. Umg. **Sonntag,** d. 16. Februar, nachmittag ½2 Uhr **General-Versammlung.** Um zahlr. Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Freiwillige Sanitätskolonne **Sonntag,** den 16. d. M., früh 9 Uhr im **Gasthaus „Kronprinz"** **Sachen-Durchsicht** und -**Verteilung,** wozu alle Kameraden in Uniform, soweit wir uniformiert, erscheinen sollen. **Der Kolonnenführer.**

Schuhmacher-Innung. Zum Begräbnisse unseres Ehrenmitgliedes **Friedrich Feller** versammelt sich die Innung ½12 Uhr im „Goldenen Löwen". Allseitige Beteiligung ist Ehrensache. **Der Obermeister.**

Gestern verschied nach schwerer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder, Neffe und Enkel

Helmuth Lüder

im Alter von 6 Jahren 2 Monaten.

Im tiefen Schmerze
Familie Lüder und Angehörige.

Riesa, Poppitzerstr. 25.
Die Beerdigung findet Montag statt.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.
Hierzu Nr. 4 des „Erzähler der Elbe".

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa

№ 37. Freitag, 14. Februar 1919 abends. 72. Jahrg.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

Aus Berlin wird gemeldet: Die französische Delegation in Spaa hat am 13. Februar morgens 3 Uhr 30 Min. telephonisch die deutsche Vertretung in Spaa benachrichtigt, daß vom französischen Generalstab, General Weygand, bei ihr folgendes Telegramm eingelaufen ist: Der am 16. Januar erneuerte Waffenstillstand läuft am 17. Februar ab. Die Verlängerung über diesen Termin hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens ist von den alliierten Regierungen nicht gebilligt worden. Infolgedessen haben sich die Alliierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Vereinbarungen vom 11. November, 13. Dezember und 16. Januar getroffen haben, zu einer Konferenz zu vereinen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Februar hinaus zu beschließen. Das Oberkommando der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen die Konferenz am 14. Febr. nachmittags in Trier stattfinden zu lassen und zwar unter denselben Umständen wie im Januar. Es wird um unverzügliche Antwort gebeten.

Die Abreise der deutschen Delegierten erfolgte gestern Nachmittag 4 Uhr vom Anhalter Bahnhofe in einem Sonderzuge. Staatssekretär Erzberger, der von Weimar kam, traf mit den Berliner Mitgliedern und Kommissaren in Kassel zusammen.

•

Die Bedingungen der Entente. Agence Havas meldet aus Paris: Der Oberste Kriegsrat setzte in seiner vorgestrigen Sitzung die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes fest. Sie werden nicht bekanntgegeben werden, bevor sie den Deutschen mitgeteilt worden sind. Das neue Abkommen wird in militärischer Hinsicht alle wünschenswerten Bürgschaften enthalten. Der Eindruck ist der, daß die Alliierten in ihren Entschließungen einer Meinung sind, sobald es gilt, wichtige Beschlüsse zu fassen.

Dementi. Das Reutersche Büro erfährt, daß die Pressemeldung, wonach die britischen und amerikanischen Delegierten der Schaffung eines internationalen Heeres und einer internationalen Flotte zugestimmt hätten, jeder Begründung entbehrt.

Die Unterschrift der Nationalversammlung. Die Entente wird für die Erneuerung des Waffenstillstandes die Unterschrift der deutschen Nationalversammlung verlangen, der man die notwendige Frist zur Beratung lassen will.

Foch über Deutschlands stehendes Heer. Auf der Pariser Konferenz hat Marschall Foch behauptet, daß Deutschland noch immer ein stehendes Heer, das an Zahl wenig hinter der früheren Friedensstärke zurückstehe, unter den Waffen halte, und daß ferner seine Uboote so zahlreich seien wie zu Beginn des Ubootkrieges. Er fordert aus diesem Grunde, daß Deutschland die Friedensbedingungen möglichst bald auferlegt werden.

Eine Rede Lloyd Georges.

Im englischen Unterhause klagte der Unionist Guines über die Verzögerung der Friedenskonferenz, die fast alles, nur nicht den Frieden mit Deutschland, besprochen habe. Die Vereinigten Staaten, die spät in den Krieg eingetreten seien, könnten sich vielleicht diese Verzögerung leisten. Diejenigen aber, die die Last und Hitze des Kampfes getragen hätten, könnten es nicht. Das Land brenne darauf, zu wissen, ob Lloyd George nicht nur Schadenersatz bis zum äußersten verlange, sondern auch Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen lassen werde.

In seiner Antwort versicherte Lloyd George dem Hause, die Konferenz tue ihr Aeußerstes, um möglichst bald zum Frieden zu kommen. Viele Fragen seien mit Deutschland zu regeln. Man nehme z. B. die Fragen der territorialen Wiederherstellung. Bezüglich Deutschlands Westgrenze fänden augenblicklich die offiziellen Erörterungen statt. Es bestehe die volle Zuversicht, daß eine völlige Uebereinstimmung bezüglich der gegen Deutschland vorzubringenden Forderungen, die die Westgrenze betreffen, erreicht werde. Die Grenzregulierung zwischen Polen und Deutschland sei aber eine andere Frage. Dort sei eine ungeheure Bevölkerung. Es sei sehr schwierig, dort ohne eine sorgfältige Untersuchung die Linie zu ziehen. Elsaß-Lothringen sei eine hinreichende Warnung vor den Gefahren eines begangenen Fehlers. Bevor die nach Polen gesandte Untersuchungskommission zurückgekehrt sei, werde es unmöglich sein, die Forderungen der Alliierten bezüglich der territorialen Wiederherstellung Deutschlands im Osten festzustellen. Was die Kolonien anbelange, so habe Deutschland durch die Art, wie es die Eingeborenen behandelt habe, und auch im Interesse der Sicherheit der Welt das Anrecht auf Kolonien verwirkt. Das sei der wesentliche Teil des Friedens mit Deutschland.

Bezüglich der Entschädigung halte die Regierung unbedingt an ihrem Worte fest. Es beständen darin keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und irgendeiner anderen Regierung. Die Wiedergutmachung sei in den Entschädigungen enthalten. Lloyd George bedauerte, daß von einigen Mitgliedern dem Völkerbunde gegenüber ein geringschätziger Ton angeschlagen werde. Die Alliierten hätten neue Nationen, wie z. B. den tschecho-slowakischen und jugo-slawischen Staat geschaffen. Das Leben aller dieser Staaten hänge vom Völkerbunde ab. Es sei niemals ein Vorschlag gemacht worden, die Bolschewisten anzuerkennen oder sie zur Friedenskonferenz zuzulassen. Es sei zwecklos, daß die Konferenz mit dem Bemerken, sie habe den Weltfrieden gemacht, auseinandergehe, bevor in Rußland Ruhe herrsche. Sonst werde noch in ungeheuren Gebieten Anarchie, Unordnung und Blutvergießen an der Tagesordnung sein. Manche Leute rieten zur Intervention und könnten nicht die gewissen Ziffern, die eine Intervention erfordern würde, enthüllen. Aber kein vernünftiger Mann würde das Ansinnen gutheißen, wenn er die Ziffern gesehen hätte. Die militärische Macht der Bolschewisten sei gewachsen und sei groß. Ein zweiter anempfohlener Kurs sei die Unterstützung der Gegner der Bolschewisten. Was die Sendung von Mannschaften anbelange, so sei die Frage, wer sie senden werde. Amerika würde weder Mannschaften, noch Geld, noch Material hergeben. Deshalb würden die ganzen Lasten tatsächlich auf Frankreich und Großbritannien fallen. Der dritte anempfohlene Kurs sei der, das Feuer ausbrennen zu lassen. Es sei nutzlos, Lebensmittel nach Petersburg zu senden, wenn die einzige Verteilungsstelle bolschewistisch sei. Man habe sich entschlossen, einen Versuch zu machen, diese Leute zu einer Konferenz aufzufordern, um dort zu irgendeiner Verständigung zu gelangen. Die Bolschewisten versprachen die Zurückzahlung der Anleihen und Wiederherstellung der von Frankreich und England innegehabten Konzessionen. Das bolschewistische System könne nicht ewig währen. Er teile den Abscheu vor dem Bolschewismus und weigere sich auch, ihm die Hand zu reichen. Aber das dürfe einen nicht hindern, sein Bestes zu tun, die Ordnung und eine gute Regierung in diesem verwirrten Lande wiederherzustellen.

Zur Lage.

Ernste Unruhen in Bosnien. Laut „Basler Nachrichten“ meldet der Pariser „Temps“ aus Rom: In Bosnien sind ernste Unruhen ausgebrochen. Täglich finden heftige Zusammenstöße statt. Die Mohammedaner, die diesen Kämpfen zwischen Kroaten und Serben anfänglich als Unbeteiligte zugesehen hatten, greifen nunmehr kräftig gegen die Serben ein. Letztere verteidigen sich hartnäckig.

Große Ausschreitungen ereigneten sich vorgestern nachmittag in Duisburg, wo eine 5000köpfige Menge gegen den Beschluß der Stadtverordneten, eine 5. Vierteljahrsrate zu erheben, demonstrierte. Der Bürgermeister, der vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Menge richten wollte, ebenso wie der Führer der Duisburger Kommunistenpartei wurden niedergeschrien. Dann drangen die Demonstranten in das Rathaus ein, holten unter Mißhandlungen den Oberbürgermeister und den Bürodirektor heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Abordnungen der Demonstranten drangen in die Cafés, wiesen die Gäste hinaus und erzwangen die Schließung der Lokale. Den Straßenbahnführern wurden die Kurbeln fortgenommen, sodaß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Plünderungen vor. Die Gerichtsgefängnisse wurden gleichfalls von den Demonstranten geöffnet. Sämtliche Insassen wurden freigelassen.

Französische Truppen im Karlsruher Rheinhafen. Am Mittwoch vormittag ist eine französische Truppenabteilung, bestehend aus zwei Offizieren und 30 Mann, zur Ueberwachung des Rheinhafengebiets im Karlsruher Rheinhafen eingetroffen.

Die französischen Menschenverluste im Kriege. Der „Temps“ beziffert die französischen Menschenverluste, die durch den Krieg entstanden sind, auf zwei Millionen. Es sind in dieser Berechnung der französische Kriegsverlust mit 1,4 Millionen an Toten und Vermißten und der Ausfall an Männergeburten mit 600 000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuß 17 306, im Jahre 1917 der Ausfall 269 838. Insgesamt betrug der Ueberschuß an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 883 160.

Französische Befürchtungen über die englischen Streiks. General Maurice schreibt der „Daily News“ aus Paris: Die Streiks in England und die neuen Schwierigkeiten in der englischen Armee seien zu einem sehr unglücklichen Zeitpunkte gekommen. Die französischen Zeitungen, die noch immer unter strengster Zensur ständen, dürften von den inneren Schwierigkeiten Englands kaum etwas erwähnen. Aber die englischen Zeitungen hätten in Frankreich freien Umlauf und infolgedessen tauchten die wildesten Gerüchte über die Ereignisse in England auf. Man sei darüber beunruhigt, daß England seine Demobilmachung mehr als zweckmäßig beschleunige und seine Verbündeten im Stiche lassen würde. Selbst in amtlichen Kreisen sei man besorgt.

Japan und China. Makino wurde beauftragt, alle unveröffentlichten Verträge mit China bekanntzugeben.

Verfaulende Lebensmittelsendungen für deutsche Kriegsgefangene. In Basel lagern, wie die Schweizer Nachrichten besagen, bereits seit Ende vorigen Jahres 5000 Säcke mit Lebensmitteln und Liebesgaben des ausgehungerten deutschen Volkes, bestimmt für seine in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Söhne. Obgleich man sich wiederholt nachdrücklich an die französischen Behörden mit dem Verlangen gewandt hat, diese Sendungen endlich an ihre Empfänger gelangen zu lassen, es ist keine Antwort erfolgt. Die Vorräte verfaulen bereits.

Ententeschiffe in deutschen Häfen. Der amerikanische kleine Kreuzer „Bickes“ ist gestern Mittag im Danziger Hafen eingelaufen. Er brachte eine Ententekommission nach Danzig, die mittags die Reichswerft besichtigte, und sich dann in zwei Kraftwagen nach Elbing begab, um dort die Schichauwerft in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich um Nachprüfung der Erfüllung von Waffenstillstandsbedingungen. Der amerikanische Kreuzer „Aylwin“ traf bereits Mittwoch Nachmittag im Hafen von Neufahrwasser ein. — Wie die Weserzeitung aus Bremerhaven meldet, sind dort von Hamburg kommend, die französische bewaffnete Jacht Aylette, der englische Kreuzer Danae, der amerikanische Kreuzer Chester und der englische Zerstörer Turbulent angekommen. Sie haben im Kaiserhafen festgemacht. An Bord der Kriegsschiffe befindet sich eine Kommission der Alliierten unter Führung des Korvettenkapitäns Moraht von der Schiffsbesichtigungskommission in Hamburg.

An den Lebensmittelausschuß der Waffenstillstandskommission in Spaa sandte der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat folgendes Telegramm: Der Hamburger A.- und S.-Rat erklärt hierdurch auf das bestimmteste die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß seitens keiner Partei, sowie keiner militärischen oder sonstigen Stelle insbesondere auch nicht seitens bewaffneter Arbeiter in die geplante Lebensmittelversorgung, u. a. in die Bewachung, Verwaltung und Bewegung der Hamburger Lebensmittelvorräte eingegriffen wird. Der Hamburger A.- und S.-Rat wird seine ganze Macht dafür einsetzen, daß die Einrichtungen der Lebensmittelversorgung in Hamburg ebenso unversehrt vor inneren Kämpfen bleiben, wie die Einrichtungen des Roten Kreuzes, sodaß volle Gewähr für die unbedingte Sicherheit dieser Einrichtungen besteht.

Zur Verhaftung Radeks. Der „Vorwärts“ erhielt von Richard Müller und Molkenbuhr folgende Erklärung: Karl Radek hat bei seiner Verhaftung erklärt, er sei durch Richard Müller und Molkenbuhr nach Berlin berufen worden. Hierzu stellen wir folgendes fest: Am 23. November 1918 beschloß der Vollzugsrat, einen Zentralkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Am 29. November beschloß der Vollzugsrat, die russische Regierung zu ersuchen, Delegierte zu dem am 15. Dezember 1918 stattfindenden Kongreß der A.- und S.-Räte zu entsenden. Dieser Beschluß wurde ausgeführt, und von den beiden Vorsitzenden gegengezeichnet. Der Rat der Volksbeauftragten erhob gegen die Einladung der russischen Regierung zum Zentralkongreß Einspruch, worauf der Vollzugsrat seinen Beschluß vom 29. November wieder aufhob. Eine andere Einladung an die russische Regierung, deren Mitglied Karl Radek ist, als die vom 29. November, ist von uns nicht veranlaßt worden.

Beschlüsse des Zentralrats. Am 11. und 12. Februar erledigte der Zentralrat eine große Reihe von Eingängen, die zumeist örtliche Angelegenheiten der verschiedenen Arbeiter- und Soldatenräte betrafen. Außerdem fand eine Sitzung statt, in welcher der preußische Kultusminister Hänisch über die Aufgaben seines Ministeriums und dessen Reformpläne berichtete. Die Besprechung über diesen Vortrag soll demnächst stattfinden. Der Zentralrat hat gestern dem vom preußischen Ministerium des Innern vorgelegten Entwurf über die neue Zusammensetzung der preußischen Kreistage mit unwesentlichen Abänderungen zugestimmt. Er hat gleichfalls das preußische Staatsministerium ersucht, den Entwurf im Wege der Verordnung umgehend in Kraft zu setzen. Die Vorlage enthält die Neuordnung des Wahlrechts zu den Kreistagen auf der Grundlage des Wahlrechtes zur Nationalversammlung. Bis zum 15. April hat die Wahl aller Kreistage zu erfolgen. Das preußische Staatsministerium wird sich in seiner Sitzung am 17. dieses Monats über den Beschluß des Zentralrats schlüssig machen.

Eine Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner. Die „Korresp. Hoffmann“ veröffentlicht folgende Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner: Während ich in Bern nicht ohne Erfolg mich bemühte, für das deutsche Volk zu wirken, gegen das sich wegen der Verbrechen des alten Systems ein ungeheures Maß von Haß, Verachtung und Mißtrauen angehäuft hatte, erhalte ich aus Bayern Preßerzeugnisse zugesandt, die mir leider beweisen, daß diejenigen, die die Führer der öffentlichen Meinung sein wollen, heute noch ebenso sinnlos und frevelhaft das Verderben Deutschlands organisieren helfen, wie während der 4½ Jahre des Krieges. Man weiß noch immer nicht, von welchen Gefahren wir bedroht sind, und noch weniger, was wir in der Lage zu tun haben. Da druckt man, daß ich nach Bern gegangen sei, um das während meiner Abwesenheit gestohlene Vermögen in Sicherheit zu bringen. Ein anderes edles Mitglied der Pressezunft macht von der Schrankenlosigkeit der Pressefreiheit den Gebrauch sogar unter Berufung auf ein Familienmitglied, die idiotische Geschichte in die Welt auszustoßen, ich hätte jede Woche von England Geld erhalten — idiotisch und zugleich bewußt erlogen, weil ich ja 8½ Monate lang in Untersuchungshaft gesessen habe und während dieser Zeit mit peinlicher Genauigkeit alle meine Verhältnisse durchstöbert worden sind. Fast die gesamte Presse bringt über die Berner Verhandlungen, in denen es mir gelungen ist, das Vertrauen der Internationale in den guten Willen der deutschen Massen zurückzugewinnen, gefälschte und entstellte Berichte, nicht durchweg durch die Schuld der Berner Korrespondenten, die sich bemühten, wahrheitsgemäß die Tätigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten darzustellen, sondern durch rebaktionelle Verblendung, die gegenwärtig in der ganzen Welt nichts mehr sieht, als den verächtlichen Kleinkram des kapitalistisch-parlamentarischen Schiebertums, das einige Leute für den Inbegriff politischer staatsmännischer Weisheit halten. Liest man alles, das im Auslande, so möchte man daran verzagen, ob diesem armen, irregeführten deutschen Volke überhaupt noch zu helfen sei. Dennoch muß jeder seine Pflicht tun, und ich, wenigstens gegenwärtig, bin entschlossen, sie weiter zu tun, so widerwärtig es auch sein mag, mit einer Welt von Lüge und Dummheit zu ringen. Denn ich weiß, daß Wahrheit und Vernunft siegen werden, und möchte hoffen, daß das Erwachen nicht ebenso spät kommt, wie bei unserem militärischen Zusammenbruch.

Sozialistischer Wirtschaftsplan für Sachsen.

Der von Kranold-Chemnitz ausgearbeitete Sozialisierungsentwurf, der den sächsischen Ministerien unterbreitet werden soll, ist in drei Teile gegliedert und lautet, wie wir der „Dresdner Volksztg.“ entnehmen, wie folgt:

I.

In der Meinung, daß die deutsche Revolution von den gegenwärtigen Machthabern bis in ihre letzten Folgen hinein wirksam und fruchtbar gemacht werden muß, ersucht der Vollzugsrat (Zentralrat des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats der Republik Sachsen die provisorische Regierung, der verfassunggebenden Volkskammer sogleich nach ihrem Zusammentreten ein System von Gesetzentwürfen über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen.

Für jeden Marxisten begreift es sich von selbst, daß erst eine neue Wirtschaftsordnung die Errungenschaften der Revolution in jeder Hinsicht sicherstellen kann. Diese Wirtschaftsordnung kann nur eine sozialistische sein. Es muß daher unverzüglich das gesamte sächsische Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Sozialisieren heißt aber nichts andres, als die gesamte Wirtschaft einer planmäßigen Verwaltung durch die Gesellschaft für die Gesellschaft zuzuführen. Hierzu ist die Voraussetzung, daß zum Zwecke einer umfassenden Verwaltungswirtschaft ein

Gesamtwirtschaftsplan

ausgearbeitet wird. Die Verwaltungswirtschaft erscheint unmöglich, wenn nicht alle vorhandenen Großorganisationen des Wirtschaftslebens in den Dienst der Wirtschaftszentrale gestellt werden. Es ist sogar notwendig, den Konzentrationsprozeß, der im Augenblick der Revolution noch nicht bis zum äußerst Möglichen gediehen war, mit allen Kräften in sozialistischem Geist zu fördern. Als solche Großorganisationen sind vor allem zu betrachten zunächst Staatsbetriebe, Gemeindebetriebe, ferner staatlich beaufsichtigte Produktionsgenossenschaften, Kartelle und Bankkonzerne, schließlich Gewerkschaften, Konsumentenverbände u. Kommunalverbände. Diese Großorganisationen müssen zusammenwachsen zu einem

einzigen übersehbaren und beherrschbaren System der Versorgung,

und alle Bestrebungen, unmittelbare Verbindungen zwischen den einzelnen zu schaffen, sind nachdrücklich zu unterstützen. Im gegenwärtigen Augenblick erscheint dieses Verfahren als das einzige, das eine wirksame Förderung der Produktion verbürgt, ebenso wie es auf der andren Seite die sozialistische Verteilung der Produkte allein ermöglicht.

Die Zuteilung beruht auf der Zuordnung einer

Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildungs- und Vergnügungsmöglichkeiten

usw. an jeden Angehörigen, einer Mindestmenge, die die menschenwürdige Versorgung der einzelnen und der Familien in sich schließt. Die Einführung der

allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen

ist hierfür die selbstverständliche Voraussetzung, da in der sozialistischen Gesellschaft eine Versorgung auf Grund von erblichen Vorrechten und Glücksfällen nicht anerkannt wird. Aber auch in der sozialistischen Gesellschaft muß die jeweils höhere Leistung des Arbeiters, des Betriebsleiters, des Erfinders, des Verwaltungsbeamten, des geisti-

gen Arbeiters, des Künstlers usw. durch Zuteilung günstigerer Lebenslagen nach wohl durchdachten Grundsätzen entlohnt werden, um durch solchen Ansporn das wirtschaftliche und kulturliche Leben im Gang zu erhalten.

Der Zeitpunkt für die Sozialisierung ist niemals günstiger gewesen als heute und wird nach Menschenermessen nie wieder so günstig sein. Einer Sozialisierung würde es entgegenstehen, wenn heute ausländische Geldgeber, Aktionäre, Unternehmer usw. im sächsischen Wirtschaftsleben Einfluß hätten. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. Wir sind insofern Herren im eigenen Haus. Aber vielfach wird behauptet, daß die bisherigen Kriegsgegner des Deutschen Reichs verstaatlichte Betriebe eher in Besitz nehmen würden, als private. Demgegenüber ist zu betonen, daß eine wirklich radikale Sozialisierung, wie sie zu fordern ist, sich durchaus nicht ausschließlich der Form der Verstaatlichung bedienen muß. Aber auch abgesehen davon ist diese Befürchtung offenbar grundlos, wie schon die Waffenstillstandsforderungen der Entente beweisen, die sich nicht im mindesten darum bekümmern, ob sie die für sie nützlichen Fabrikate — landwirtschaftliche Maschinen, Lokomotiven, Waggons und Handelsschiffe — den privaten oder verstaatlichten Unternehmungen wegnehmen.

Wir sind endlich in der Lage, auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die weitestgehende Nationalisierung und Ersparnis durchzuführen. Hierzu ist es notwendig, die unwirtschaftliche, übermäßige Mannigfaltigkeit der Produkte und die Arbeit und Rohstoff verzehrende private Organisation der Reklame und gewisser Formen des Kleinhandels mit allen Mitteln einzuschränken. Die Mittel dazu sind die heute schon vielfach erörterten der Normierung, der Typisierung und der Nationalisierung. All dies kann nur durch eine umfassende Verwaltungswirtschaft entscheidend gefördert werden. Nicht zuletzt ist zu betonen, daß Deutschland schon vor dem Kriege zur Einrichtung zahlreicher Großorganisationen übergegangen war, und daß während des Krieges durch die bekannten kriegsmäßigen Zentralisationen — ob sie nun wirtschaftlich oder minderwirtschaftlich gearbeitet haben — eine große Reihe von wichtigen Erfahrungen gemacht worden ist und daß durch sie eine weitgehende Vertrautheit der Bevölkerung mit derartigen verwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen hervorgerufen wurde. Selbstverständlich ist die Sozialisierung ohne Schwierigkeiten auch im Rahmen eines Teilstaates, wie der Republik Sachsen, mühelos durchführbar. Während sozialpolitische Umgestaltungen innerhalb der freien Verkehrswirtschaft nur dann durchführbar erscheinen, wenn sie gleichzeitig für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches eingeführt werden, kann innerhalb des Reichsgebiets ein einzelner sozialisierter Staat den umliegenden gegenübertreten, wie ein riesenhaftes Großunternehmen der es umgebenden zersplitterten Wirtschaftswelt. Die Republik Sachsen würde, wenn sie sich zu dem entscheidenden Schritt einer vollgültigen Sozialisierung entschlösse, für die Sozialisierung der ganzen Welt, jedenfalls aber Deutschlands ein Beispiel geben, das unter keinen Umständen ohne nachhaltigste Wirkung bleiben könnte. Auf die ungeheure politische Bedeutung dieses Schrittes soll hier nicht weiter eingegangen werden.

II.

Als Mittel zur Durchführung eines solchen Sozialisierungsplanes sind die folgenden zu betrachten:

Das Entscheidende ist die Errichtung eines

Zentralwirtschaftsamts für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen.

Die Aufgabe des Zentralwirtschaftsamts ist es, zunächst eine Uebersicht über die produktiven Kräfte des Landes und die Bewegung der Rohstoffe, Energien und Produkte zu schaffen. Hierbei handelt es sich selbstverständlich nicht um Geldwert und Bilanzen, sondern ausschließlich darum, festzustellen, welche Mengen von Rohstoffen, Wasser- und elektrischen Kräften usw., menschlichen und tierischen Arbeitskräften, Maschinen, Waldbeständen, Bergwerken, Steinbrüchen, Ackerflächen im Lande vorhanden sind, wieviel davon ein- und ausgeführt werden, wieviel davon innerhalb des Landes verschoben werden, es muß z. B. ersichtlich sein, welche Mengen von Eisenerz, Kohle und Kalk in die Hüttenwerke Sachsens eingehen, welche Menschenarbeit, Maschinen usw. aufgewendet werden und wieviel Roheisen und Thomasschlacke daraus gewonnen werden, wohin diese Mengen gelangen, in welche Industrien das Roheisen zur Verarbeitung übergeht und wie es schließlich der Bedarfsdeckung dient. Oder, um ein andres Beispiel anzuführen, welche Mengen von Dungstoffen, tierischer und menschlicher Arbeit erforderlich sind, um die Einwohnerschaft Sachsens in ausreichendem Maße aus dem Produkt eigenen Bodens mit Lebensmitteln zu versorgen. Man könnte etwa die Frage lösen, um wieviel die Kohlenförderung erhöht werden müßte, damit man durch die Zementierung sämtlicher Düngergruben die landwirtschaftliche Produktion Sachsens um ein Viertel steigern könne. Die Ergebnisse einer solchen Universalstatistik würden durch die

Naturalrechnungszentrale des Wirtschaftsamts

für die Zwecke der Verwaltung und des Wirtschaftsplans benutzt werden. Es leuchtet ein, daß hierzu dem Zentralwirtschaftsamt die allerweitestgehenden Vollmachten bezüglich aller statistischen Erhebungen zu geben wären. Die sozialistische Gesellschaft kennt keine privatwirtschaftlichen Geheimnisse. Es leuchtet ebenso ein, daß die neueinzurichtende Statistik nach einem einheitlichen Plan, zwar unter Benutzung der bisherigen privaten und öffentlichen Einrichtungen, jedoch nach den einheitlich durchdachten Grundsätzen der Zentrale, überall durchzuführen wäre. Bisher ist die Statistik in höchstem Grade zersplittert gewesen. Die einzelnen Verwaltungszweige haben, ohne miteinander in Verbindung zu stehen, nach verschiedenen Grundsätzen zu verschiedenen Zwecken mit verschiedenen Rubriken Erhebungen angestellt, was nicht nur vielfach doppelte und dreifache Arbeit verursachte, sondern auch bewirkte, daß das Endergebnis häufig in vielen und wichtigen Fällen miteinander nicht verglichen und verknüpft werden konnte. Dieser Zustand kann in der sozialistischen Gesellschaft nicht andauern.

Auf diesen Vollmachten, Vorarbeiten und Einsichten in das Wirtschaftsleben baut sich nun der, von der Zentralwirtschaftsstelle auszuarbeitende

Wirtschaftsplan

auf, aus welchem entnommen werden kann, welche Lebenslagen sich für die Bevölkerung bei Anwendung der verschiedenen wirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsmaßnahmen ergeben. Es könnte sich dabei z. B. folgendes ergeben: verfährt man nach dem einen Wirtschaftsplan, so kann man danach ein Kanalwerk anlegen und dadurch vielleicht die raschere Ein- und Ausfuhr verschiedener Waren, z. B. Lebensmittel, für lange Zeit ermöglichen. Nach dem andren Wirtschaftsplan kann man dagegen einige Schulen und Krankenhäuser errichten, ohne mehr Arbeit und Rohstoffe zu gebrauchen. Beide Möglichkeiten würden innerhalb des zugehörigen Gesamtwirtschaftsplans natürlich noch andre Verschiedenheiten mit sich bringen. Die Volksvertretung hätte nun zu entscheiden, welchem Wirtschaftsplan sie ihre Zustimmung erteilen wird. Die

Durchführung des Wirtschaftsplans

muß dadurch gewährleistet werden, daß das Zentralwirtschaftsamt

1. bevollmächtigt wird, die von der Volksvertretung beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen bei den ausführenden Betrieben aller Art im Rahmen der Reichsgesetze zu erzwingen,
2. instand gesetzt wird, die von ihm angeordneten Wirtschaftsmaßnahmen in weitgehendem Maße durch eigene Beamte oder Vertrauensmänner in ihrer Durchführung zu kontrollieren,
3. sich eine regelmäßige, territorial und sachlich gegliederte Berichterstattung einrichten kann, die ihr einen Ueberblick über die letzten Ergebnisse und Folgen der Durchführung des Wirtschaftsplans in bezug auf einzelne Fragen und Gebiete ermöglicht.

Es erscheint geboten, dem Zentralwirtschaftsamt ferner eine Abteilung anzugliedern, die den gesamten

Kompensationsverkehr mit den außersächsischen Wirtschaftsgebieten

zu leiten hätte. Es wäre dem Zentralwirtschaftsamt ferner anzugliedern eine Stelle, die die

Verbindung zwischen dem Amt und sämtlichen staatlichen Betrieben

dauernd herzustellen hätte, damit zwischen den staatlichen Betrieben und dem Zentralwirtschaftsamt jede unnötige Reibung und Schwierigkeit vermieden werde. Eine solche Verbindungsstelle ist um so wichtiger, als vermutlich in allernächster Zeit im Interesse der leichteren Durchführung der vollen Sozialisierung noch weit mehr Betriebe verstaatlicht werden als bisher. Eine der wichtigsten Abteilungen des Zentralwirtschaftsamts würde diejenige für

Rationalisierung der Betriebe und der Arbeitsleistungen

sein. Bisher sind die Methoden, nach denen sich die Arbeit im einzelnen vollzieht, sehr unvernünftig; ein großer Teil der aufgewandten Arbeitskräfte ging an Leistungen verloren, die zur Erreichung des Arbeitszwecks nicht beitrugen. Es ist deshalb erforderlich, daß jede einzelne Arbeitsleistung auf ihre Zweckmäßigkeit wissenschaftlich genau untersucht und daß dafür gesorgt werde, daß diese Erfahrungen überall, in der Wirtschaft wie in der Verwaltung, in ausgedehntestem Maße sobald wie möglich angewendet werden. Eine solche rationalisierende, arbeitssparende Ausgestaltung des Arbeitsprozesses liegt heute mehr den je im Interesse des einzelnen Arbeiters wie des gesamten staatlichen Wirtschaftsprozesses. Alle Bestrebungen, die auf

technische Vereinheitlichung (Normierung und Typisierung)

abzielen, müssen von dieser Stelle durch Untersuchungen und Veröffentlichungen tatkräftig unterstützt werden. Diese Stelle hätte auch dafür zu sorgen, daß

Arbeits- und Berufsforschung

energisch gepflegt werden, und daß deren Ergebnisse insbesondere für Eignungsprüfungen und für die Berufsberatung verwertet werden, denen im sozialisierten Staat eine entscheidende Bedeutung zukommt, da ohne sie das System der Einheitsschule zu völliger Verwirrung führen müßte. Es versteht sich nach all dem von selbst, daß das Zentralwirtschaftsamt in keinem Fall allein aus Juristen und Beamten bestehen kann, die z. T. an anderen Stellen nicht verwendet werden können, sondern in erster Linie aus Fachleuten, d. h. aus Wirtschaftspraktikern, Wirtschaftskennern, Aerzten, Sozialhygienikern, Physiologen, Technikern, Psychologen usw.

III.

Das Arbeitsgebiet des Zentralwirtschaftsamts dürfte zunächst bestehen in der Ausarbeitung und Ausführung folgender Gesetze, die der Volkskammer zur Beratung und Genehmigung zu unterbreiten wären:

1. Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamts.
2. Gesetz über die Befugnis des Zentralwirtschaftsamts, statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen und Enqueten und Erhebungen durchführen zu lassen.
3. Gesetz über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber dem Zentralwirtschaftsamt.
4. Allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Staatsangehörigen der Republik Sachsen.
5. Gesetz, das jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert.
6. Gesetz über Erforschung und Durchführung der Betriebs- und Arbeitsrationalisierung.
7. Gesetz über Zwangsorganisation der Produzenten und staatliche Beaufsichtigung ihrer Organisationen.
8. Gesetz über staatlich beaufsichtigte Zwangskartelle.
9. Gesetz über gewerkschaftliche Zwangsorganisation.
10. Gesetz über Zwangsorganisation der Konsumenten.
11. Gesetz über die Enteignung des städtischen Grund und Bodens.
12. Gesetz über die Enteignung des ländlichen Grund und Bodens.
13. Gesetz über Enteignung der Forsten.
14. Gesetz über Enteignung industrieller Betriebe (Zement, Zucker, Bausteine, Rohglas-Erzeugung, Bergbau, Erzeugung von Roheisen und Halbzeug aus Eisen, Zeitungs- und Packpapiererzeugung, künstliche Düngemittel, Verkehrsmittel.)
15. Gesetz über Enteignung der Verkehrsbetriebe.
16. Gesetz über Enteignung des Gasthof- und Gastwirtschaftsgewerbes.
17. Gesetz über zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben.
18. Gesetz über Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung für nicht verstaatlichte Betriebe.
19. Gesetz über Lohnzuschläge für überdurchschnittlich wertvolle Leistungen.
20. Gesetz über den Aufschub der Entschädigung bei Enteignungen.
21. Gesetz über den Kompensationsverkehr mit außersächsischen Wirtschaftsgebieten.

*

Mit der Denkschrift des Zentralrates über die Sozialisierung in Sachsen hat sich dem Vernehmen nach die sächsische Regierung noch nicht befaßt, da ihr die Denkschrift amtlich noch nicht zugegangen ist. Ehe weitere Entscheidungen getroffen werden können, sollen die Vorfragen entschieden werden: Ist jetzt ein günstiger Zeitpunkt der Sozialisierung? und gegebenenfalls: Kann sie in Sachsen allein durchgeführt werden?

Gasthof Bahra.
Sonntag, d. 16. Februar, ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein
M. Thalheim.

Gasthof Sageritz.
Sonntag, d. 16. Februar von 6 Uhr an öffentliche
Ballmusik,
wozu freundlichst einladet
M. Wolf.

Gasthof Jakobsthal.
Sonntag, d. 16. Februar, von 5 Uhr an
öffentl. Ballmusik,
wozu freundlichst einladet
E. Mögel.

Gasthof Stösitz.
Sonntag, d. 16. Februar, ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein J. Roscher.

Gasthof Lichtensee.
Sonntag, d. 16. Februar, ladet zur starkbesetzten
Ballmusik
von nachm. 4 Uhr an freundlichst ein E. Wittig.

„Alte Post", Stauchitz.
Sonntag, d. 16. Februar,
Ballmusik.
Eigene Beleuchtung!

Hotel Höpfner.
Sonnabend, den 15. Februar, 7 Uhr abends
Militär-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Pionier-Batl. 22.
Leitung: J. Himmler, Obermusikmeister.
Nach dem Konzert Tanz.
Ergebenst ladet ein M. Höpfner.

Gasthof Gröba.
Theater der Stadt Riesa.
Sonnabend d. 15. 2., 8 Uhr
große Volksvorstellung!
Soziales Drama von Otto Ernst.
Die grösste Sünde
oder: Wer die Wahrheit erkennet und saget sie nicht — (ecclesia militans).
Nachm. 1/5 Uhr: Große Märchenaufführung!
Rosel Grimm (Riesa) in der Hauptrolle.
Der kleine Däumling und der Menschenfresser.
Unter Mitwirkung von 7 Kindern.
Der Saal ist genügend erwärmt. Sonntag keine Vorstellung.
In Vorbereitung: Der Liebe Erwachen. Ehrenabend für Christian Richter. Die Direktion.

Zu dem am Sonnabend, den 15. Februar, im
Gasthof Mergendorf
stattfindenden
Kränzchen
sind tanzlustige Damen und Herren herzlich willkommen.
Anfang 6 Uhr. Der Ausschuß.

Das für den 15. Februar 1919 angesagte
Tanzkränzchen
im Gasthof zu Paußitz wird bis auf weiteres
verschoben.
Der Ausschuß.

Bezirksarbeitsnachweis Nebenstelle Riesa
Kostenlose Stellenvermittlung für Industrie, Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft.
Geschäftszeit: 8—1, 3—6 Uhr.

Gasthof Nünchritz.
Theater der Stadt Riesa.
Sonntag, den 16. Februar
Wenn Ehemänner schwindeln.

Gasthof Seerhausen.
Sonntag, den 16. Februar
feine öffentliche Ballmusik
— Anfang 6 Uhr. —
Es ladet ergebenst ein Alfred Giesmann.

Gasthof Glaubitz.
Sonntag, den 16. Februar
öffentliche Ballmusik
wozu ergebenst einladet Otto Donat.

Gasthof Wülknitz.
Sonntag, den 16. d. M., große
öffentliche Ballmusik
— Anfang 4 Uhr. —
Hierzu ladet freundlichst ein E. Schneider.

Gasthof Oelsitz.
Sonntag, den 16. Februar
öffentliche Ballmusik
(Anfang 6 Uhr). Hierzu ladet freundlichst ein M. Hofang.

Schlacht-Pferde
kauft jederzeit
Otto Gundermann, Roßschlächter, Riesa. — Telefon 273.

Hotel Höpfner.
Sonntag, 16. 2. 19.
Militär-Ballmusik.

Gasthof Leutewitz.
Sonntag, d. 16. Februar, ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein P. Gräfe.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weißfluß) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau Marie Beffel, Berlin 11 Hallesche Str. 23.

Im Auftrag eine mittelstarke Fohlenstute mit 6 Wochen altem Fohlen (Fuchs) v. Sonntag an zu verkaufen.
R. Dietrich, Bismarckstr. 11.

Gänserich u. Gans
zu verkaufen Albertpl. 6.

Gans gegen Gänserich
eingetauschen
Leutewitz Nr. 1.